



# >> **intern**

E 2440

## **Patient „Eurodistrikt“ auf dem Weg der Besserung?**

Die letzte Sitzung des Rates des Eurodistrikts Strasbourg-Ortenau (ED) war begleitet von kritischen Stimmen. Anlass dafür war der Wechsel der Präsidentschaft. Nach 2-jähriger Amtszeit des Straßburger Oberbürgermeisters Roland Ries als Präsident des Eurodistrikts stand satzungsgemäß die Übergabe der Präsidentschaft an die deutsche Seite an. Wenig überraschend wurde der Landrat des Ortenaukreises Frank Scherer, der bisher Vizepräsident des ED war, einstimmig zum Nachfolger gewählt. Zuvor hatte Roland Ries ein Fazit seiner Amtszeit gezogen, das die Probleme des ED deutlich machte. Er hob zwar die positiven Ziele des ED hervor und betonte auch die Gründung des ED in Form eines grenzüberschreitenden kommunalen Zweckverbandes nach französischem Recht als wichtigen Schritt, gleichzeitig machte er aber auf die Schwierigkeiten aufmerksam. So hatte man bis vor kurzer Zeit keine funktionierende Geschäftsstelle, was mit dem vorzeitigen Rücktritt des ersten Generalsekretärs zusammenhänge. Dadurch sei die Arbeit des ED behindert und seine Wirksamkeit beschränkt gewesen. Dies unterstrich auch der neu gewählte Präsident des ED Frank Scherer, der zugleich den Mitgliedern des ED-Rates seine Vorstellungen für die künftige gemeinsame Zusammenarbeit mitteilte. „Wir müssen politischer werden“, sagte Scherer zu den anwesenden Mitgliedern des Rates. So sollten künftig politische Diskussionen im Plenum geführt werden, die auch über



die eigentlichen Kompetenzen des ED hinausgehen. Gleichzeitig bestünden mit der neuen Generalsekretärin Cordula Riedel und den weiteren Mitarbeitern der Geschäftsstelle gute Voraussetzungen dafür, dass die Arbeit des ED effektiv und wirkungsvoll stattfinden könne. Im Vorfeld der Sitzung war dies jedoch zum Verdruss einiger Mitglieder nicht im gewünschten Maße möglich. Ohne (öffentlich) auf die Gründe einzugehen, nahmen dies einige Mitglieder zum Anlass sich der Stimme bei der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2012 zu enthalten. Als Begründung wurde von einem Mitglied des Eurodistriktrates stellvertretend für die weiteren deutschen Mitglieder, die sich der Stimme enthielten, die sehr kurzfristige Übersendung der nach französischem Recht ausge-

stalteten Sitzungsunterlagen angemahnt, die die Grundlage für die Zustimmung zum Haushalt bilden sollten. Trotz der Enthaltungen wurde der Haushalt mit einer Gesamthöhe von 850.000 Euro angenommen. Dadurch war auch die Voraussetzung für die Zustimmung zu verschiedenen Förder- und Zuschussanträgen gegeben.

In der auf die ED-Ratssitzung folgenden Kreistagsitzung berichtete der Landrat von der Übernahme der Präsidentschaft und stellte seine Vorstellungen nochmals kurz dar. Für die CDU-Fraktion im Kreistag wies der Vorsitzende Klaus Muttach darauf hin, dass man im ED nach jetziger Beurteilung „noch nicht richtig in die Gänge gekommen“ sei. Er hoffe, dass sich dies mit der deutschen Präsidentschaft unter Scherer ändere und forderte eine ehrliche Bestandsaufnahme in diesem oder im nächsten Jahr. Eine solche sei unbedingt notwendig, weil es sich bei den finanziellen Mitteln des ED um Steuergelder der Bevölkerung handele. Muttach gestand zu, dass man bisher Startschwierigkeiten gehabt habe. Diese Begründung versage aber bei der besagten Bestandsaufnahme, weil man dann genügend Geduld bewiesen habe. „Bis dahin können wir nur hoffen, dass wir eine positive Bilanz ziehen können. Dafür werden wir uns als Vertreter in den Gremien des Eurodistrikts engagiert einsetzen“, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion Klaus Muttach abschließend. **Fotos: Quelle: CUS Straßburg**



## Kirche zu Engagement in Gesellschaft ermutigt

Kommunalpolitiker diskutieren mit Erzbischof Dr. Robert Zollitsch



Neben dem KPV-Bezirksvorstand um Oberbürgermeister Klaus Muttach (3. V.l.) nahmen auch der CDU-Bezirksvorsitzende Andreas Jung (2. v.r.) und der JU-Bezirksvorsitzende Johannes Rothenberger (1.v.r.) am Besuch bei Erzbischof Dr. Robert Zollitsch (4.v.l.) in Freiburg teil.

FREIBURG / ACHERN (pef). Kommunalpolitiker aus Südbaden ermutigen die katholische Kirche in der Erzdiözese Freiburg, sich mit ihrem Engagement noch stärker in die Gesellschaft einzubringen. Bei einem Treffen mit Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Weihbischof Dr. Bernd Uhl und Generalvikar Dr. Fridolin Keck mit dem Bezirksvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) und der Jungen Union (JU) Südbaden wurde in Freiburg die Frage diskutiert, wie die Kirche auch in den Kommunen zur Werte-Erziehung beitragen kann - zum Beispiel in den Kindertageseinrichtungen, Pflegeheimen und Sozialstationen.

### „C als Kompass“: Zusammenarbeit auch beim Sonntagsschutz

Die katholische Kirche gilt in Südbaden als einer der großen Träger von Kindertageseinrichtungen. Während andere Bistümer - mit Blick auf die sinkende Zahl katholischer Kinder - Einrichtungen schließen, baut die Erzdiözese Freiburg ihr Engagement weiter aus: So ist allein die Zahl der Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren im Erzbistum inzwischen auf rund 5.000 gestiegen.

Auch bei den 92 Altenpflegeeinrichtungen und den 99 Sozialstationen hat die Erzdiözese das Ziel, diese sozialen Einrichtungen zukunftsfähig zu machen. Mit In-

teresse informierten sich die Oberbürgermeister und Bürgermeister über die Neustrukturierung der Seelsorgeeinheiten und dem Ziel, die Seelsorger durch den Einsatz von Verwaltungsbeauftragten und Kindergartenexperten von Verwaltungsarbeit zu entlasten.

Dies könne die gute Zusammenarbeit zwischen den Rathäusern und den Pfarrhäusern und Verrechnungsstellen weiter verbessern.

Es gehe trotz unterschiedlicher Kernaufgabe in Politik und Kirche um die gemeinsame Sorge für die Menschen - erklärte der Erzbischof von Freiburg. Der KPV-Bezirksvorstand hat die Vertreter der Erzdi-

özese eingeladen, sich an der geplanten Veranstaltungsreihe „C als Kompass“ zu beteiligen.

Beim Treffen mit Erzbischof Robert Zollitsch signalisierten Rathauschefs auch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit beim Sonntagsschutz: „Auch als Bürgermeister sind wir froh um jeden Termin, der sonntags nicht stattfindet.“

<<<

Mehr Sonne. Mehr Geschmack!

OBSTGROSSMARKT  
aus dem Herzen Badens

Obstgroßmarkt Mittelbaden eG · Konrad-Adenauer-Straße 16 · 77704 Oberkirch · T +49 7802 9297 0 · www.ogm-oberkirch.de

## Berlinfahrt

**Dieser Tage weilte auf Einladung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB eine Gruppe aus seinem Wahlkreis in Berlin.**

Die Teilnehmer erwartete ein hochinteressantes Besuchsprogramm. Bei einem Informationsgespräch im auswärtigen Amt erläuterte der Leiter des Besucherdienstes die Aufgaben der verschiedenen Dezernate des Auswärtigen Amtes. Nach einem Informationsgespräch in der Landesvertretung Baden-Württemberg stand eine Führung durch das Haftkrankenhaus und die

Haftanstalt in der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen (ehem. Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Stasi) auf dem Programm. Von einem ehemaligen Häftling und einem Historiker wurden die beiden Gruppen durch die Gedenkstätte geführt. Gerade dieser Besuch des Staatsgefängnisses war für die Teilnehmer besonders beeindruckend, da der ehemalige Häftling an anschaulichen Beispielen den Tagesablauf und die div. Methoden der Stasi an selbst erlebten Beispielen erläutern konnten.

Die Besichtigung des Plenarsaales und ein Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments wurden durch den Be-

sucherdienst des Deutschen Bundestages anschaulich erläutert. Bei der Besichtigung der Kuppel des Reichstages konnte Berlin bei Nacht besichtigt werden.

Am nächsten Tag stand dann eine Sonderführung in der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen (Schloss Cecilienhof) auf dem Programm, bevor dann ein Informationsgespräch im Bundesministerium der Finanzen und ein Gespräch mit dem Bundesfinanzminister und Wahlkreisabgeordneten Dr. Wolfgang Schäuble das Besuchsprogramm an diesem Tag abrundete. Besonders interessant war die Fahrt für einige Teilnehmer, die zum ersten Mal Berlin besuchten. <<<



Die Gruppe mit Bundesfinanzminister Dr. W. Schäuble in der Eingangshalle des Bundesfinanzministeriums.

## Umweltminister Untersteller: „Ich hoffe auf Windparks!“

„Wir werden in Baden-Württemberg Windparks bekommen, die 20-30 Anlagen umfassen“, sagte Umweltminister Franz Untersteller in einer Sondersitzung der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein. Diese wurde eigens zur Aussprache mit dem Umweltminister einberufen. Als Hauptthema stand die „Energiepolitik der Landesregierung – Aktueller Stand der Novelle Landesplanungsgesetz“ auf der Tagesordnung. Wesentlich waren dabei für die Verbandsmitglieder die beabsichtigten Veränderungen hinsichtlich der Planung und des Baus neuer Windkraftanlagen. Der Entwurf der grün-roten Landesregierung sieht nämlich die Begrenzung der Kompetenzen der Regionalverbände vor. Diese sollen zukünftig nicht mehr alleine für die Ausweisung der Windkraftanlagenstandorte zu-

ständig sein. Sie sollen vielmehr nur noch sog. Vorranggebiete ausweisen. Auf den übrigen Flächen sollen die Gemeinden für die Planung zuständig sein. Mit Blick auf die bisherige Planungstätigkeit des Regionalverbandes wurde dieses Vorhaben von mehreren Verbandsmitgliedern kritisch kommentiert. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Klaus-Peter Mungenast, hob in diesem Zusammenhang hervor, dass man im Regionalverband Südlicher Oberrhein bereits im Jahre 2006 damit begonnen habe, die Potenziale der Windkraft im Verbandsgebiet zu ermitteln. Die dadurch gefundenen Ergebnisse habe man im letzten Jahr nochmals kritisch überprüft. Dabei habe sich gezeigt, dass sich die noch ungenutzten Potentiale im Verbandsgebiet in Grenzen halten. „Wir haben bereits lange vor der Energiewende in der Verbandsver-

sammlung einvernehmlich beschlossen, unsere Windkraftpotentiale zu nutzen“, sagte Mungenast. Vor diesem Hintergrund sei es wenig verständlich, dass die Planungskompetenz der Regionalverbände durch das neue Landesplanungsgesetz beschnitten werden soll, zumal die inter- und überkommunale Abstimmung auch weiterhin erforderlich sein werde. Dies bejahete auch der Umweltminister Untersteller, der jedoch auf die bestehenden Möglichkeiten zur interkommunalen Abstimmung verwies und diese für ausreichend hielt. Er versuchte die auch von anderen Verbandsmitgliedern geäußerten Befürchtungen dadurch zu zerstreuen, dass er den Regionalverbänden auch für die Zukunft eine wichtige Rolle bei der Planung zubilligte, ohne diese allerdings näher zu beschrei-

**Fortsetzung auf Seite 4**

**Fortsetzung von Seite 3**

ben. Stattdessen verwies er auf den aktuellen Stand des Ausbaus der Windkraft in Rheinland-Pfalz. Dort würde ein erheblicher Teil des Strombedarfs schon jetzt aus der Windkraft gewonnen. Damit Baden-Württemberg den Anschluss nicht verliere, müsste bis zum Jahr 2020 ein erheblicher Teil des Energiebedarfs (mindestens 10%) aus der Windkraft gewonnen werden. Dazu, so Untersteller, müssten in dieser Zeit 1200 Windkraftanlagen mit einer Leistung von jeweils 3 Megawatt errichtet werden.

In diesem Zusammenhang sagte der Minister auch: „Ich hoffe auf Windparks!“. Denn nur dadurch könnte das genannte Ziel erreicht werden. Dass dies in der Bevölkerung nicht nur zu Zustimmung führen dürfte, schien dem Minister durchaus bewusst zu sein. Deshalb bekannte er sich auch dazu, die Bürger bei der Energiewende aktiv miteinzubeziehen.

„Wir werden genau beobachten, ob die Landesregierung ihre Versprechen hält und die Bevölkerung und deren Vertreter

**Konstruktionen in Metall**

- Treppen
- Geländer
- Balkone
- Glasdächer
- Stahl- / Glas- konstruktionen
- Sonder- konstruktionen
- Schweißfachbetrieb



**steurer** GmbH

77694 Kehl-Neumühl · Am Kinzigwehr 3  
Telefon 078 51 / 932 49-0  
www.steurer-metallbau.de

in die Energiewende miteinbezieht“, sagte der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Regionalverband. Die beabsichtigte einseitige Beschneidung der Planungskompetenz der Regionalverbände, so Mungenast, sei jedenfalls kein Zeichen dafür, dass der Minister auf Kooperation mit

den bestehenden kommunalen Planungsgremien setze. „Es bleibt zu hoffen, dass die Energiewende darunter nicht leidet und dass die einzelnen Kommunen in der Lage sind, ihre Planungshoheit sinnvoll zu nutzen und gegen mögliche Eingriffe des Landes zu verteidigen.“ <<<

**Andreas Schwab,**

Mitglied des Europäischen Parlaments für Südbaden

**EU-Beihilferecht vereinfachen und zielgenauer einsetzen - Rückenwind für Städte und Gemeinden in der Region erwartet**

Die Pläne der EU-Kommission, das Beihilfenrecht zu vereinfachen und zielgenauer anzuwenden, sind sehr positiv für Südbaden. Gerade für viele kommunale Projekte, wie beim Ausbau des Breitbandnetzes oder bei Investitionen in Windkraftanlagen, könnte sich diese Ankündigung der Kommission positiv auswirken. Insbesondere in unserer Region Südbaden würden mögliche Erleichterungen im Hinblick auf die beihilfenrechtlichen Vorgaben den dringenden Ausbau des Breitbandnetzes deutlich voranbringen.

Zudem werde ich mich im Zuge der Ausarbeitung dieses Reformpakets vor allem für eine Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen einsetzen, denn diese bilden auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stets das Rückgrat unserer Wirtschaftskraft.

Wir stehen vor der Herausforderung, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Europa in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig müssen wir dabei für Wachstumsimpulse sorgen. In diesem Sinne freue ich mich über den klaren Kurs der Kommission.

**Flughafenpakt zur Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste**

Die Bodenverkehrsdienste an Flughäfen - dabei geht es vor allem um Sicherheits- und Logistikdienste innerhalb des Flughafenfeldes - leisten einen enorm wichtigen Beitrag zur schnellen und sicheren Abwicklung des Flugbetriebes. Über die aktuellen Pläne der EU-Kommission, den Flughafenbetreibern selbst den Betrieb solcher Bodenverkehrsdienste zu untersagen so-

wie für weitere Anbieter zu öffnen, habe ich auf Einladung des Vorsitzenden der komba Gewerkschaft am Flughafen Stuttgart, Markus Kohler, mit der versammelten Belegschaft des Flughafen Stuttgarts vor Ort gesprochen.

Ich komme dabei zu dem Ergebnis: Die rechtliche Ausgliederung der Bodenverkehrsdienste - so wie im Flughafenpaket der EU-Kommission vorgesehen - macht keinen Sinn. Ich werde deshalb dafür kämpfen, dass wir - wie bei den Eisenbahnen - einen „Regulator“ schaffen, der eingreifen kann, wenn es Probleme gibt. Der Flughafen Stuttgart hat hier in gute Mitarbeiter investiert und sowohl Flughafen und Mitarbeiter brauchen Planungssicher-



Treffen mit Herrn Schwab und Vertretern der komba Gewerkschaft am Flughafen Stuttgart.

heit. Und nicht zuletzt müssen auch die Fluggäste darauf vertrauen können, dass ihre Flüge stets sicher und zügig abgewickelt werden können.

## **Erneute Senkung der Mobilfunk Roaming-Gebühren im Ausland in Aussicht.**

Den Beschluss, sich für eine weitere Absenkung der Roaming-Gebühren für mobiles Telefonieren im Ausland auszusprechen, habe ich als binnenmarktpolitischer Sprecher meiner Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Die große Mehrheit meiner Kollegen im Ausschuss votierte dabei für eine weitere schrittweise Absenkung im Zeitraum 2012-2014 von 21 auf 11 Cent/Minute bei abgehenden Anrufen sowie von 9 auf 5 Cent/Minute bei eingehenden Anrufen. Ich gehe davon aus, dass diese Ergebnisse auch am Ende des noch laufenden Gesetzgebungsverfahrens im Wesentlichen Bestand haben werden. Damit kommen Reisende, die innerhalb der EU mobil telefonieren, künftig in den Genuss einer deutlichen Preissenkung.

Darüber hinaus befinden wir uns aktuell in Verhandlungen zur Reduzierung der Roaming-Gebühren für mobiles Internet und SMS - auch hier zeichnen sich aus Verbrauchersicht erfreuliche Tarifabsenkungen ab.

## **Übereinkommen zum Schutz vor Produktpiraterie (ACTA) stärkt Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Südbaden!**

Europäische Unternehmen verlieren derzeit jährlich rund 8 Mrd. Euro an Umsatz, weil unsere qualitativ hochwertigen Produkte weltweit als Fälschungen auf den Markt gebracht werden. Hier kann weder Deutschland noch die EU alleine Abhilfe schaffen. Deshalb benötigen wir ein internationales Abkommen, das weltweit für alle Beteiligten verbindliche Regeln festlegt.

Dabei gilt es zuallererst festzuhalten, dass sich aus deutscher Sicht durch die Umsetzung von ACTA nichts an der schon heute geltenden Rechtslage im Urheberrecht ändern wird. Denn der Schutz fremden geistigen Eigentums hat hierzulande bereits heute einen sehr hohen Stellenwert. Entscheidend ist aber gerade aus deutscher Sicht, dass ACTA weltweit neue Standards beim Schutz vor Produktfälschungen und Markenpiraterie setzt.

Der weltweite Erfolg unserer Unternehmen beruht dabei in erster Linie auf dem Erfindungsgeist der Tüftler und Denker quer durch alle Branchen. Gerade deshalb

haben wir gemeinsam auch im Raum Südbaden viel zu verlieren, wenn andere weltweit ohne Folgen unsere Produkte kopieren und in weitaus schlechterer Qualität in Umlauf bringen. Vom erfolgreichen Kampf gegen diese Entwicklung hängen in den nächsten Jahren auch in unserer Heimat sehr viele Arbeitsplätze ab.

Allerdings ist auch Kritik bekannt geworden, wonach ACTA möglicherweise Grundrechte wie etwa die Meinungs- und Informationsfreiheit oder das Datenschutzrecht beeinträchtigen könnte. Die EU-Kommission hat deshalb bereits angekündigt, das ACTA-Paket dem Europäischen Gerichtshof zum Zweck einer zusätzlichen rechtlichen Überprüfung vorzulegen. Solange das Ergebnis dieses richterlichen Gutachtens nicht vorliegt, wird das Europäische Parlament das Abkommen nicht ratifizieren - genau wie die Mitgliedsstaaten.

## **Braucht Griechenland einen „Marshallplan“?**

Beim Schuldenschnitt Griechenlands verzichteten die privaten Gläubiger nunmehr auf rund 100 Milliarden Euro. Dies hat bereits eine Woche später zu einer geringen Aufwertung der Bonität Griechenlands an den Kapitalmärkten geführt.

Allerdings ist Griechenland noch lange nicht über den Berg. Die bisherigen Maßnahmen dienen in erster Linie dazu, das Verschuldungsproblem in den Griff zu bekommen. Jedoch dürfen die Ursachen der Griechenlandkrise nicht aus dem Blick verloren werden: Griechenland braucht ein tragfähiges und zukunftsfähiges „Geschäftsmodell“, um wieder aus eigener Kraft wettbewerbsfähig zu werden. Dafür brauchen die Griechen eine europäisch koordinierte und kontrollierte Wiederaufbaustrategie.

Immer mehr rückt deshalb die Forderung nach einer Art „Marshallplan für Griechenland“ in den Fokus der Diskussion. Fest steht allerdings auch, dass ein solcher Plan nur erfolgreich sein kann, wenn die griechische Bevölkerung erkannt hat, dass es letztlich allein auf die Griechen selbst ankommt, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.

## **Weinmarktreform: Anbaustopp und Pflanzungsrechte müssen erhalten bleiben!**

„Die Beibehaltung des Anbaustopps für Weinreben auch nach 2015 bzw. 2017 ist für die Winzer in Südbaden ein ganz entscheidender Eckpfeiler im Zuge der Reform der Weinmarktordnung. Derzeit liegt die Entscheidung über den Fortbestand der Pflanzungsrechte oder aber eine weitergehende Liberalisierung des Weinmarktes in der Hand des EU-Ministerrates.

15 Mitgliedstaaten haben sich dort bereits für den Erhalt der Pflanzungsrechte ausgesprochen - für eine qualifizierte Mehrheit bedarf es also derzeit nur noch einer Hand voll weiterer Mitstreiter im Rat. Dennoch ist im Moment noch nicht absehbar, ob am Ende des Tages eine Mehrheit errungen werden kann.

Aus diesem Anlass habe ich vergangene Woche nochmals mit EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos gesprochen und ihn gebeten, unser gemeinsames Anliegen mit allem Nachdruck nach Kräften zu unterstützen. Ciolos zeigte sich durchaus offen für meine Vorschläge, wie die Weinmarktreform in diesem Punkt angepasst werden könnte. Ich selbst werde mich weiterhin mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass wir unsere sehr erfolgreichen Weinbaustrukturen in Südbaden erhalten und weiter stärken können. <<<



**Dr. Andreas Schwab nach seinem Gespräch mit EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos zum aktuellen Verhandlungsstand bei der Reform der Weinmarktordnung.**

## Willi Stächele – 20 Jahre Abgeordneter

Ein Spaziergang konnte der Wahlkampf im Frühjahr 1992 nicht werden. Von Anfang an musste Willi Stächele mit der eigenen Landesregierung den Konflikt aufnehmen, denn diese plante damals eine Sondermüllverbrennungsanlage am Standort Kehl. Schon Vorgänger Felix Hodapp hatte für die Stuttgarter Absicht herbe Schläge vor Ort einstecken müssen. Auch Kandidat Stächele wurde dafür kräftig gebeutelt. Die Sondermüllverbrennungsanlage wurde später im Koalitionsvertrag mit der SPD fallen gelassen.

len Ereignisse: Seine Jungfernrede im Landtag hält Willi Stächele zum Thema Verbesserung der Rechte des Untersuchungsausschusses.

Glanznummer wird allerdings eine Verfassungsreform der Großen Koalition, die er im Auftrag der CDU mit Alfred Geisel, dem legendären Verfassungsrechtler der SPD, aushandelt.

Die ersten sechs Jahre im Landtag bezeichnet Willi Stächele als die härteste Herausforderung. Den Wahlkreiskommunen will er beweisen, dass die Präsenz

*Seine Jungfernrede hielt Stächele als Sprecher der CDU-Fraktion ausgerechnet zum Thema Untersuchungsausschuss, wo er jetzt erstmals als Zeuge auftreten musste. Zwei Untersuchungsausschüsse hat er allerdings schon als „Befragter“ hinter sich, als MdL bevor er Minister wurde. Bei dem einen ging es um Tennis-Vater Graf, beim anderen um den Italiener Laverato.*

des honorigen Ständigen Ausschusses. Schon damals wird gemunkelt, er könne in die Landesregierung wechseln, Gerdi Staiblin hätte ihm den Rang abgelaufen. Stächele aber will die Wiederwahl als Bürgermeister von Oberkirch, die 1997 bravourös glückt.

Als Erwin Teufel 1998 das Kabinett umbildet, spricht er den Oberkircher an. Willi Stächele bekommt Kabinettsrang und wird Bevollmächtigter des Landes beim Bund und in Europa. Ein Posten, der ihm auf den Leib geschnitten scheint.

Der Übergang von Bonn nach Berlin bedeutet auch für ihn eine große Herausforderung. Die Einrichtung der neuen Landesvertretung in der Hauptstadt glückt hervorragend und bleibt mit dem Namen Stächele untrennbar verbunden.

*Die Verbundenheit des Abgeordneten mit dem Beruf war Stächele ein Grundanliegen. Ganz massiv hat er sich damals gegen den Vollzeitparlamentarier auf Landesebene ausgesprochen.*



Mit 43,7% erobert Willi Stächele in schwierigster Situation den Wahlkreis 52: Einbrüche gibt es rings um Kehl in Höhe von minus 10% gegenüber 1988, aber auch die CDU knickt landesweit um über 9% ein und muss wegen des Abschneidens der Republikaner eine Große Koalition mit der SPD eingehen.

Dem Neuling im Landtag eröffnet sich gleich eine große Chance. Der Sprecher der CDU im Ständigen Ausschuss, zuständig für Verfassung, Recht, Justiz, Europa und Medien, muss gefunden werden. Erstmals wird diese Aufgabe einem „Neuen“ übertragen. Bemerkenswert für die aktuel-

nicht nur seiner Heimatstadt gilt, Oberkirch soll nicht den Eindruck einer ständigen Abwesenheit des Bürgermeisters bekommen und Stuttgart erfordert Parlamentseinsatz.

Oberkirch wird zur politischen Zentrale im Mittelbadischen. Die „Oberkircher Gespräche“ werden von vielen geneidet, weil der Vollblutpolitiker Stächele Zukunftsthemen besetzt. Schon 1995 weilt der türkische Botschafter in Deutschland zu dieser Gesprächsrunde in der Renchtalstadt.

Mit 49,9% erobert Willi Stächele 1996 seinen Wahlkreis überzeugend wieder. Im Stuttgarter Landtag wird er Vorsitzender

2001 bis 2005 agiert der Ortenauer Abgeordnete als Minister für den ländlichen Raum. Seine Erfahrungen als Bürgermeister kommen voll zur Geltung. Vor allem die Kreisbauernversammlungen verlangen ihm viel Schweiß und mitternächtliche Kondition ab.

Ministerpräsident Oettinger holt Stächele schließlich in die Regierungszentrale, ins Staatsministerium. Das heißt: Drei Jahre rund um die Uhr Einsatz an der Seite des Regierungschefs. Historische Begebenheiten, mit der Geschichte des Landes aufs Engste verbunden. Beeindruckend bleibt in der Erinnerung Stächeles Rede in Rom zum 80. Geburtstag von Papst Benedikt im Auftrag des verhinderten Ministerpräsidenten.

Der Oberkircher wird mehr und mehr zur Allzweckwaffe und übernimmt schließlich das Finanzministerium. Die Bankenkrise und die Sorgen um die Landesbank fordern ihn auf das Äußerste. Manchmal sei ihm dabei seine frohe und humorvolle Lebensart, wie Freunde meinen, fast abhanden gekommen. Der Einbruch der Wirtschaft,

*Seinen guten Humor hat Willi Stächele auch mit nach Stuttgart gebracht, „Überlebenshilfe“, wie er oft schmunzelnd anmerkt. Die ersten Jahre hatten sie schon auf der Zugfahrt ihren Spaß, Helmut Rau, von Freiburg kommend, der jetzige OB Dieter Salomon, dann Willi Stächele und ab Bruchsal Heribert Rech, der spätere Innenminister. Da gab es den ersten schwarz-grünen Pakt: Wer als erster einen Dienstwagen bekommt, solle die anderen dann nach Stuttgart mitnehmen. Stächele war 1998 zwar der Erste, aber, dann als Bevollmächtigter mehr in Bonn, Berlin und Brüssel unterwegs, für den Transportauftrag ungeeignet.*

Als Rechts- und Justizpolitischer Sprecher hat er schon seinen Arbeitskreis mit etwa 10 Kollegen gerne in die Ortenau geführt. Legendar die Grundsatzbeschlüsse zur Notariatsreform bei einer Klausur im damaligen „Lamm“ in Oberkirch.



die Sicherung der Arbeitsplätze machen neue Landesschulden und Gegensteuern unabdingbar. Dies entspricht allerdings nicht seinem Vorsatz von Finanzpolitik in Generationengerechtigkeit.

Die Landtagswahl 2011 bringt schließlich eine große Enttäuschung. Zwar verliert Stächele als beliebter und stets präsenter Politiker in seinem Wahlkreis viel weniger als die CDU im Land, aber die Regierungsverantwortung wird der Partei genommen und der Minister geht in den Ruhestand.

Überzeugend erkämpft sich Stächele noch einmal in seiner Fraktion gegen vier Gegenkandidaten das Amt des Landtagspräsidenten, das er unverschuldet und ge-

radezu schicksalhaft durch eigene Rücktrittsentscheidung einige Monate später wieder zurückgeben muss, um mit erhobenem Haupt den Präsidentenstuhl räumen zu können. Eine falsche Rechtsberatung durch eine renommierte Rechtsanwalts-

kanzlei war ihm bei Rückerwerb der EnBW-Aktien von Frankreich durch das Land Baden-Württemberg zum Verhängnis geworden. Der zwischenzeitlich abgewählte Ministerpräsident Mappus hatte ihn in eine ausweglose Situation gebracht.

Mit großer Erfahrung und gewachsenem Einfluss ist Willi Stächele dennoch ein leidenschaftlicher Volksvertreter geblieben. Die Menschen danken es ihm mit Vertrauen und parteiübergreifender Zuneigung.

*Stächeles erster parlamentarischer Mitarbeiter hat, vielleicht auch gerade wegen der guten Lehre, sauber Karriere gemacht. Es war kein geringerer als der heutige Landesvorsitzende und MdB Thomas Strobl.*

*Mit seiner Unterstützung und in großer Koalition verbunden mit dem SPD-Granden Geisel kam es zu einer Verfassungsreform, der auch die heutige sjährige Legislaturperiode zu verdanken ist.*

O-Ton Stächele: „Ich habe viele politische Schmeißfliegen mit ihren Champagnergläsern so gut es ging vermieden; die Solidarität der einfachen Menschen gerade in schwierigen Zeiten war mir das Wichtigste. Ich glaube, ich bin mir und meiner Herkunft immer treu geblieben.“ <<<

*Neidisch waren die Kollegen in Stuttgart von Anfang an auf Stächeles Kühlschrank im MdL-Büro, stets gefüllt mit herrlichen Ortenauer Weinen. Auch bei Stächeles Abwesenheit wurde nicht selten der Zentralschlüssel der Landtagsverwaltung genützt, um an die edlen Tropfen zu kommen.*

## Peter Weiß: Firma Miller gut vorbereitet auf demografischen Wandel

Präsident der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische und MdB Peter Weiß informieren sich bei KML Miller in Lahr

„Arbeitgeber müssen sich auch in unserer Region verstärkt auf den demografischen Wandel einstellen“, erklärte Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (CDU) beim Besuch der Firma Miller GmbH gemeinsam mit dem Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische und Hubert Seiter, Direktor der Rentenversicherung Baden-Württemberg.

Was bereits im Ortenaukreis getan wird, um auf die immer älter werdende Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten auch in der Arbeitswelt kleinerer und mittlerer Unternehmen zu reagieren, stellte der Leitder der Badischen Demografie Agentur Jens Stecher vor. Anhand einer Altersstrukturanalyse der Mitarbeiterschaft konnten die Funktionsträger konkret sehen, wie bis im Jahr 2025 im Ortenaukreis weniger Menschen in Ausbildung sind und für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Die Badische Demografieagentur, die im Oktober 2011 als neues Projekt der Perspektive 50Plus der Kommunalen Arbeitsförderung im Ortenaukreis gestartet ist, begleitet Unternehmen in Baden, um sich mit den Konsequenzen des demografischen Wandels zu befassen.

Herbert Rische, Hubert Seiter und Peter Weiß begrüßten diese Aktivitäten und regten an, dass Synergieeffekte von Rentenversicherung, der Industrie- und Handelskammern und der Agentur für Arbeit genutzt werden sollen.

Die Firma KML GmbH ist als Technologieführer in der Produktion von Spezialkabinen tätig und beschäftigt derzeit ca. 130 Mitarbeiter. Geschäftsführer Manfred Keller unterstrich den Standort Lahr weiter ausbauen zu wollen. Bis 2016 will man 50 Prozent mehr Umsatz machen. Dafür brauche auch Keller jedoch genügend Mitarbeiter. <<<

## GEHRING

TECHNIK & VERTRIEB

Schilder & Lichtreklame  
Werbetechnik

Digital- & Offsetdruck  
Textildruck

innovative  
Lichttechnik  
industrielle Beleuchtung

LED- Leuchtmittel & T5 Leuchtstofflampen

Römerstraße 22, 77746 Schutterwald  
Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)  
Tel. 0781 / 96 82 48-41 • Fax -42  
info@gehring-thv.de  
www.gehring-thv.de

## Peter Weiß: Kreative Unternehmer gesucht

Wie muss das Unternehmen der Zukunft aussehen? Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sucht Unternehmen, die auf diese Frage Antworten entwickeln. Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (CDU) weist auf die Projektausschreibung „Unternehmen der Zukunft“ hin und ermuntert kreative Unternehmer sich zu bewerben:

„Viele deutsche Unternehmen kämpfen mit älter werdenden Belegschaften. Jetzt sind kreative Köpfe und gute Ideen gefragt, damit auch Unternehmen in der Region die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern und eine Zukunft haben“.

Wer Interesse hat und ein förderungswürdiges Projekt vorzeigen kann - sollte sich beeilen: Fristende für das Einreichen einer Projektskizze ist der 30. April 2012.

Das Bundesministerium fordert beson-

ders kleine und mittelständische deutsche Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten dazu auf, sich im Rahmen der „Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA)“ mit einem Projekt zu beteiligen, das bundesweit Schule machen kann.

Der Fantasie sind dabei kaum Grenzen gesetzt: Wie gelangen mehr Frauen in Führungspositionen? Wie nutzen Unternehmen das Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmer für Innovationen, wenn die Hälfte der Belegschaft über 50 ist? Was kann ein Betrieb für die Gesundheit seiner Mitarbeiter tun, wenn diese bis 67 arbeiten sollen?

„Die Zukunft des Wirtschafts- und Arbeitsstandorts Deutschland hängt maßgeblich davon ab, wie sehr auch regionale Unternehmen bereit sind, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen. Dabei sind Arbeitnehmer wie

Arbeitgeber gleichermaßen gefordert“, erklärt der Bundestagsabgeordnete Peter Weiß.

„Zukunftsvorsorge“ ist das entscheidende Stichwort: Jeder einzelne Beschäftigte muss im Interesse des Unternehmens die Möglichkeit haben, bis ins hohe Alter gute Arbeitsbedingungen zu genießen. Projekte sollten innovative Akzente in einem der vier folgenden Bereiche setzen: Personalführung, Chancengleichheit, Gesundheit und Fort-/Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte. Langfristig hat die Initiative im Blick, bundesweit eine breite Öffentlichkeit mit den Auswirkungen der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen auf den Arbeitsmarkt zu konfrontieren.

Genauere Informationen zum Antragsverfahren und Formblätter für Projektskizzen sind im Internet unter [www.gsub.de/nqa](http://www.gsub.de/nqa) zu finden. Meike Folkerts <<<

## Peter Weiß: Bildungsketten statt Warteschleifen

Bundestagsabgeordneter informiert Rektoren/-innen über Bundesinitiative

„Trotz der guten Lage am Ausbildungsmarkt schaffen immer noch zu viele Jugendliche keinen direkten Einstieg in eine Berufsausbildung“, erklärt Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (CDU) über den Hintergrund der Bundesinitiative „Bildungsketten“. Unsere Gesellschaft könne es sich nicht leisten, auch nur einen einzigen Jugendlichen ohne Ausbildung zurückzulassen, so Weiß weiter.

Dies schon alleine aufgrund des drohenden Fachkräftemangels in Deutschland. Peter Weiß informierte in einem Brief an alle Rektoren und Rektorinnen im Wahlkreis über die Bundesinitiative. „Bewerben Sie sich doch mit Ihrer Schule für das Programm „Bildungsketten“ und profitieren Sie von einem erfolgreichen Konzept, das bundesweit bereits über 1.000 Schulen nutzen“, so der Bundestagsabgeordnete in seinem Brief.

Seit 2010 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Initiative Bildungsketten mit 362 Millionen Euro. Bis 2014 sind im Haushalt weitere 460 Millionen Euro vorgesehen.

Zum Ziel hat die Initiative Schulabbrüche deutlich zu verringern und die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und später in das Berufsleben zu verbessern. Derzeit sind 53 Berufseinstiegsbegleiter aus dem Bildungsprogramm in Baden-Württemberg an 121 Haupt, Werkreal und Förderschulen im Einsatz. Der Bund will dies bis zum Jahr 2013 auf 106 aufstocken. Die wichtigsten Maßnahmen sind dabei Potenzialanalysen von allen Schülern ab der 7. Klasse, der mehrjährige Einsatz von Bildungslotsen bei abschlussgefährdeten Schülern, die individuelle Förderpläne erhalten, und eine frühzeitige, praxisorientierte Berufsorientierung während der Schulzeit.

Besonders an „Bildungsketten“ ist: mit der Initiative wurde erstmals der Weg beschritten verschiedene Instrumente der Berufswegplanung zu bündeln und gemeinsam mit den Ländern nachhaltig zu verzahnen. Das Landesministerium für Kultus, Jugend und Sport hat mit dem Bundesministerium eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.

Baden-Württemberg hat die Potenzialanalyse Profil AC bereits mit dem Schuljahr 2010 in allen 7. Klassen von Haupt-, Werkreal- und Förderschulen eingeführt. Die Ergebnisse der Analyse dienen in drei weiteren Orientierungsbausteinen als Grundlage für eine individuelle Förderung.

Der Bund unterstützt das Land nunmehr speziell für die Schulform Realschule mit zusätzlich 1 Million Euro zur Weiterentwicklung von „Profil AC“. Ab dem Schuljahr 2014/2013 wird die Potenzialanalyse an den Realschulen im Land dauerhaft eingeführt.

Meike Folkerts <<<

### Internationales Programm

Auf 10.000 qm über 200 Werkzeugmaschinen  
Anfragen und Besuche herzlich willkommen

#### EXKLUSIVPROGRAMM

CNC-gesteuerte  
Maschinen

#### VOWA- PROGRAMM

konventionelle Maschinen

**WAGNER**  
MASCHINEN

Werkzeugmaschinen GmbH  
77871 Renchen • Robert-Bosch-Str.1  
Tel: 07843 / 7000 • Fax: 07843 / 1510

info@wagner-maschinen.de / www.wagner-maschinen.de  
info@trennjaeger.de / www.trennjaeger.de



## Peter Weiß in die Kommission „Zukunftschancen“ berufen

Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (CDU) ist vom Bundesvorstand der CDU zum Mitglied dieser Kommission Zukunftschancen berufen worden. Aufgabe ist es, einen Leitantrag zum nächsten Bundestag am 4./5. Dezember 2012 in Hannover zu erarbeiten.

Konkret beschäftigt sich die Kommission mit der Frage, wo liegen die Zukunftsperspektiven für die Menschen in unserem Land? Wie muss unsere Politik in Zukunft aussehen, dass auch weiter ein sicheres Leben in Freiheit und Wohlstand gewährleistet ist?

Ziel ist es Leitlinien für ein friedliches und nachhaltiges Miteinander der Menschen zu entwerfen. Alle derzeitigen Entwicklungen - demografischer Wandel, Klimaerwärmung, Aufstieg sozialer Medien, Arbeitsplatzunsicherheit - verändern das Menschenbild der Gegenwart und werfen die Frage auf, wie das einzelne Individuum sich an die neuen Bedingungen anpassen kann.

Bundestagsabgeordneter Peter Weiß zu seiner Berufung: „Wie wir im Jahr 2050 leben, ist keine Frage aus einem schlechten Science-Fiction-Film, sondern eine Herausforderung, die jeden einzelnen Menschen betrifft. Sicherheit und Wohlstand sind die zwei Hauptpfeiler für einen optimistischen Blick in die Zukunft. Deshalb freut es mich, dass ich diese interessante Aufgabe mitgestalten kann.“

Stephan Lutzenberger <<

Peter Weiß:

## „Gute Aussichten für Langzeitarbeitslose“

„Langzeitarbeitslose haben nun noch bessere Chancen, wieder einen Job zu finden“, prophezeit Bundestagsabgeordneter Peter Weiß (CDU). Der Arbeitsmarkt sei zurzeit so saugfähig wie ein Schwamm. Und: Die regionalen Jobcenter bekommen mehr Spielraum, eigene Förderinstrumente zu entwickeln und einzusetzen - und damit individueller und passgenauer zu helfen.

Möglich macht´s ein Gesetz der Koalitionsfraktionen, das seit 1. April wirksam ist. Danach dürfen Jobcenter nun 20 Prozent ihrer Mittel für eigene Maßnahmen einsetzen. „Ein wichtiger Reformschritt zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik, für den ich mich nachdrücklich eingesetzt habe“, freut sich Peter Weiß. „Der Job-Agent vor Ort weiß am besten, mit welchen Maßnahmen er wen wieder in Arbeit bringen kann.“

Das Jobcenter Emmendingen ist bereits - gemeinsam mit dem Landkreis - mit einem Projekt am Start. Ziel ist die Beschäftigung von bis zu 20 Langzeitarbeitslosen auf dem zweiten Arbeitsmarkt. „Wir sind froh, dass die freie Förderung offener gestaltet wurde“, so Heinz Disch, Vize-Chef vom Jobcenter Emmendingen. „Wir versprechen uns gerade für die arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen eine punktuelle Verbesserung.“

Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 3,3 Prozent im Kreis Emmendingen und 3,9 Prozent im Ortenaukreis. Zwar sind die Jobcenter Emmendingen und Ortenau sehr erfolgreich. Die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitslosengeld II-Empfängern hat sich in Emmendingen binnen eines Jahres um 13,5 Prozent auf 1253 Personen vermindert, im Ortenaukreis um 10,6 Prozent auf 2043. Aber: „Es kommt auf jeden Einzelnen an“, betont Peter Weiß. „Gerade auch Langzeitarbeitslose wollen und müssen am Aufschwung des Arbeitsmarkts teilhaben dürfen.“

Eva Flatau <<

## Dank an Stächele für „entscheidenden Einsatz“

Landesgrundbuchamt in Achern angesiedelt

Anlässlich eines Informationsgespräches informierte sich Willi Stächele über zahlreiche aktuelle Projekte der großen Kreisstadt Achern. Oberbürgermeister Muttach nahm dabei die Gelegenheit wahr und dankte dem Landtagsabgeordneten Stächele für seinen „entscheidenden Einsatz“, das Landesgrundbuchamt mit 50 bis 60 neuen Arbeitsplätzen in Achern anzusiedeln.

Gegenwärtig werden die neuen Räume im bisherigen Rathaus II für das Landesgrundbuchamt hergerichtet, damit bis spätestens Ende des Jahres 2017 alle Grundbuchämter der Landesbezirke Baden-Baden und Offenburg in Achern zusammengeführt werden können. Die Stadt hat mit dem Land Baden-Württemberg einen langfristigen Mietvertrag abgeschlossen.

Der städtische Wirtschaftsförderer Bernd Steurer erläuterte beim Rundgang den Stand der Renovierungsarbeiten, welche auf Kosten des Landes durchgeführt werden. In dem neuen Landesgrundbuchamt wird eine Informationstheke eingebaut, damit die Bürger sich über ihre Grundbuchelegenheiten informieren können.

## NEUE FENSTER sparen Energie!



Ausführliche Informationen, Beratung und ein unverbindliches Angebot erhalten Sie bei hilzinger oder Ihrem zuständigen **hilzinger-Partnerbetrieb** in Ihrer Nähe.

Zentrale:  
**hilzinger GmbH Fenster+Türen**  
 Carl Benz Str. 4 • 77731 Willstätt  
 Tel.: 07852 / 919-260 • Fax: 07852 / 919-290

[www.hilzinger.de](http://www.hilzinger.de)

Die Sicherheit gönnt' ich mir.  
**hilzinger**  
 Fenster + Türen GmbH



## Willi Stächele informiert sich in Kehl vor Ort

Der rasante Anstieg der Zahl der Geldspielgeräte in der Kehler Innenstadt und die damit verbundenen negativen Begleiterscheinungen waren für Willi Stächele Anlass, sich an Ort und Stelle informieren zu lassen.

Bei einem Rundgang zusammen mit Vertretern des CDU-Ortsverbandes schaute der Wahlkreisabgeordnete auch selbst in eines der zahlreichen Automaten-Bistros hinein, bevor er im Gemeindehaus St. Johannes Nepomuk symbolisch die über 4500 Unterschriften entgegennahm, die der „Arbeitskreis Christen und Muslime“ gesammelt hatte.

Der Initiator der Unterschriftenaktion, Erich Jais, machte deutlich, welche zweifelhaften Signale gerade an Jugendliche ausgehen. Er forderte vom Land Regelungen, die es den Kommunen erlauben, Sperrzeiten flexibel handhaben zu können.

Mit Patentrezepten konnte auch Willi Stächele nicht aufwarten. Er bekannte, dass ihm die gesamte Brisanz der Spielhallen-Problematik erst durch den Besuch vor Ort deutlich wurde und bestätigte Handlungsbedarf. Allerdings geht es dabei im-



**Übergabe der Unterschriftenlisten v.l. Willi Stächele, Anke Doleschal (Arbeitskreis), Bernd Bechtold (CDU-Ortsverband Kehl), Erich Jais (Arbeitskreis).**

mer auch um eine Abwägung zwischen gewerblichen Interessen und dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger. In Sachen Sperrzeit und Jugendschutz riet er zu verstärkten unangekündigten Kontrollen und daraus resultierenden Sanktionen. Die Frage

sei, so Stächele, ob eine Änderung per Gesetz oder durch die Praxis der Rechtsprechung geregelt werden soll. Im Zweifelsfall wäre es durchaus sinnvoll, es auf ein höchstrichterliches Urteil ankommen zu lassen. <<<

**Lassen Sie sich von der phantastischen Auswahl inspirieren!**

**Sonntags Schautag**  
von 13.30-18.00 Uhr

- Türelemente
- Parkettboden
- Laminatboden
- Korkboden
- Profilholz
- Paneele
- Leisten
- Sauna und Infrarotkabinen
- Gartenmöbel
- Holz im Garten
- Holz & Platten
- Einbaumöbel

**Holz Land Naumann**  
Im Drachentacker, 2, 77656 Offenburg  
Tel. 07 81 - 9 89 49 00  
Fax. 07 81 - 5 61 99

**Fahrt in den Landtag und Besuch des Klosters Maulbronn**

**am Mittwoch, 27. Juni 2012**

Der Offenburger Landtagsabgeordnete Volker Schebesta lädt Interessierte aus seinem Wahlkreis zu einer Fahrt nach Stuttgart in den Landtag von Baden-Württemberg und zum Besuch des UNESCO-Weltkulturerbes Kloster Maulbronn ein. Folgender Ablauf ist vorgesehen:

08.00 Uhr	Abfahrt in Offenburg (Messegelände, Parkplatz vor der Eislaufhalle)
10.45 Uhr	Eintreffen im Landtag
11.00 Uhr	Einführung durch den Besucherdienst des Landtags
11.30 Uhr	Teilnahme an der Plenarsitzung des Landtags
12.30 Uhr	Gespräch mit Volker Schebesta MdL
13.15 Uhr	Mittagessen im Haus der Abgeordneten
14.15 Uhr	Abfahrt nach Maulbronn
15.30 Uhr	Führung durch das Kloster Maulbronn
17.00 Uhr	Rückfahrt nach Offenburg

Für die Fahrt wird im Bus ein Kostenanteil von EUR 15,00 pro Person eingesammelt. Anmeldungen über das **Wahlkreisbüro, Tel. 0781-9300823**, oder per email an [post@volker-schebesta.de](mailto:post@volker-schebesta.de)

## Eine gemeinsame Vision von Europa

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble beim badisch-elsässischen Gesprächskreis von CDU und UMP in Straßburg.

STRASSBURG. Regelmäßig tauschen sich Politiker der CDU Südbaden und der französischen Schwesterpartei UMP über Aktuelles aus. Vor kurzem stand das Treffen ganz im Zeichen der anstehenden französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie der Stabilität des Euro.

Wolfgang Schäuble warnte eindringlich

davor, den Europäischen Vertrag aufzuknüpfen: „Das wäre ein Rückschritt, den wir uns nicht leisten können!“ Einen entsprechenden Vorschlag hatte der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande gemacht. Schäuble verwies auf die Verantwortung Frankreichs und Deutschlands für Europa. Es ginge nicht

darum, die anderen 25 EU-Staaten zu bevormunden, sondern auf dem gemeinsamen Weg voran zu gehen - denn genau das würde von ihnen erwartet. Auch Joseph Daul, Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament, betonte, dass keine deutsch-französische Vorherrschaft angestrebt werde, sondern jetzt ein wichtiges Zeichen gesetzt werden müsse.

„Die CDU und die UMP haben eine gemeinsame Vision von Europa,“ unterstrich der Abgeordnete der französischen Nationalversammlung Yves Bur. Der Präsident der Region Elsass und Minister im Kabinett Nicolas Sarkozys, Philippe Richert, nannte Beispiele für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und zählte Projekte in Wissenschaft, Wirtschaft sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen auf, von denen die Bewohner der Grenzregion konkrete Vorteile hätten.

Der neue südbadische CDU-Bezirksvorsitzende Andreas Jung MdB zeigte sich zufrieden über das Gespräch. Das Treffen von UMP und CDU sei schon lange die Keimzelle für die politische Annäherung von Frankreich und Deutschland. Jung regte angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen in der Energiepolitik einen intensiven Austausch hierzu an und lud die französische Schwesterpartei zu einem öffentlichen Bezirksparteitag zur Umweltpolitik mit Klaus Töpfer ein. (ah) <<<



V.l.n.r.: EVP-Fraktionsvorsitzender Joseph Daul MdEP, Andreas Jung MdB, Yves Bur, Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB und Minister Philippe Richert.

### CDA Südbaden

**Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung zu Gast bei der Senioren-Union und der CDA**

## Altersrente - Wer? Wann? Wie (viel) ?

Vielen klingt der Satz von Norbert Blüm noch in den Ohren: Eines ist sicher - die Rente.

Einen Aussage, die zu Unrecht in den letzten Jahren der allgemeinen Heiterkeit und einem weitverbreiteten Zweifel ausgesetzt war. Für Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung, steht jedenfalls fest, dass gerade angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise das deutsche Rentensystem als sicher erscheinen muss und Deutschland außerordentlich gut aufgestellt ist. Die Einnahmen seien, nicht zuletzt aufgrund der positiven Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt, gestiegen, so dass die Rücklagen weiter ausgebaut werden konnten.

Rische machte auf der Veranstaltung, zu der die Senioren Union und die CDU- Sozialausschüsse Südbaden geladen hatten aber auch deutlich, dass angesichts des demographischen Wandels den Herausforderungen begegnet werden muss. Zum

Teil seien die notwendigen Reformen bereits eingeleitet worden. Hierzu zähle besonders die Leistungsbegrenzung der Rente, wolle man die arbeitende Generation im Umlageverfahren nicht über die Maßen belasten. Eine geschmälernte Rente bedeutet aber, dass die beiden anderen Säulen der Altersvorsorge, die betrieblich Rente und die eigene Vorsorge, mehr in den Blick rücken. Altersarmut drohe dann, so Rische, wenn die Erwerbsbiographie größere Lücken aufweise, z.B. durch längere Zeiten der Arbeitslosigkeit oder durch die Lebenssituation als alleinerziehende Mutter.

Der Präsident der Deutschen Rentenversicherung machte aber auch deutlich, dass die sozialen Probleme und die Bekämpfung der Altersarmut nicht durch die Rentenversicherung gelöst werden könnten. Schon jetzt sei z.B. der Zuschuss zu der Krankenversicherung der zweitgrößte Posten der Rentenversicherung. Die schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit

wurde von Rische eindeutig begrüßt. Auch sie sei ein ganz wesentlicher Schritt, um dem demographischen Wandel gerecht zu werden. Anpassungen seien immer nötig, wolle man auch weiterhin für eine auskömmliche Rente sorgen.

Peter Weiß, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unterstrich noch einmal die Position der CDA: Wer ein ganzes Arbeitsleben in die Rentenkasse eingezahlt habe, müsse im Alter auch die Möglichkeit haben, von seiner Rente leben zu können, alles andere sei mit der Würde der Arbeit auch nicht zu vereinbaren.

Ungeachtet aller Sorgen über die Unwägbarkeiten der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung wurde an diesem Nachmittag aber deutlich: das umlagefinanzierte Rentensystem ist nach wie vor ein erfolgreiches Modell, um den heutigen Arbeitnehmern auch morgen noch die wichtigste Säule ihrer Altersversicherung zu garantieren. Angelika Doetsch <<<

**NEWS NEWS**  
[www.cdu-ortenau.de](http://www.cdu-ortenau.de)

CDA Südbaden

## Albert Burger hat seinen Platz

30 Jahre nach seinem Tod ist der ehemalige Bundestagsabgeordnete Albert Burger in besonderer Weise geehrt worden: Der Platz neben seiner Heimatgemeinde Kollnau wurde nach ihm benannt.

Der Bürgersaal der Gemeinde zur Feierstunde war übertoll, viele der Anwesenden hatten noch persönliche Erinnerungen an den allseits geachteten und beliebten Sozialpolitiker.

Allen voran auch ein äußerst prominenter Gast der Feierstunde: Norbert Blüm, ehemaliger Arbeits- und Sozialminister im Kabinett Kohl, der zusammen mit seiner Frau extra aus Bonn angereist war, um an der Ehrung eines treuen Wegbegleiters teilzunehmen.

Bundestagsabgeordneter Peter Weiß dankte den Ortschaftsräten von Kollnau und dem Initiator Holger Michel für die Entscheidung, seinen Vor-Vor-Gänger im Mandat des Abgeordneten mit der Benennung eines Platzes im

Ort zu ehren. Albert Burger war, auch infolge einer schweren Kriegsverletzung kein langes Leben vergönnt. Doch geprägt war dieses Leben von Anfang an vom christlichen Geist der Nächstenliebe und der engagierten Hilfe für die Schwachen, wie der ehemalige Landtagsabgeordnete und Freund aus Kindertagen, Alois Schätzle, in seiner lebendigen und äußerst persönlichen Laudatio hervorhob.

Am Anfang standen für Albert Burger die

Prägungen durch die katholische Jugend, insbesondere die Kolpingsfamilie und die Schrecknisse der Nazi-Diktatur, die ihn auch noch in den Krieg führte. Ihn drängte es zum politischen Engagement, doch war ihm auch klar, so Alois Schätzle, dass dieses Engagement auch ein solides Fundament an Kenntnissen und Wissen über politische Sachverhalte und Zusammenhänge benötigte. So stürzte sich Albert Burger als Autodidakt in die Sozialzyklen und Abhandlungen über die katholische Sozial-



lehre. Die Handelsschule sorgte für die notwendige berufliche Bildung und sein erster Arbeitsplatz führte ihn in die Verwaltung der Universität. Die Politik zog ihn aber bald in ihren Bann, er wurde der jüngste Gemeinderat Kollnaus und war darüber hinaus auch im VdK als stellvertretender Vorsitzender für Südbaden tätig. Im Kreistag wurde er Fraktionsvorsitzender der CDU und setzte sich maßgeblich für den Erhalt des Kreiskrankenhauses Em-

mendingen ein. 1964 wurde er in den Landtag gewählt, wechselte aber schon ein Jahr später in den Bundestag, um sich dort ganz der Sozialpolitik in all ihren Facetten zu verschreiben. So beschäftigte er sich mit dem Lohnfortzahlungsgesetz, mit dem Berufsbildungsgesetz, dem Krankenhausreformgesetz und, aus leidvoller eigener Erfahrung, mit dem Kriegsofopfergesetz.

Lebhaft stellte Alois Schätzle das besondere Herzensanliegen seines Freundes dar: die Förderung der christlich-sozialen Arbeitnehmerbewegung über die nationalen Grenzen hinweg. So fand ein von ihm begleitetes Treffen in Konstanz die Aufmerksamkeit des Doyen der Politikwissenschaft in Freiburg, Albert Bergsträsser, der zu dem Treffen einen Schriftenband in der Unireihe herausgab: „Mitbestimmung und Miteigentum“ in Europa. Was zeichnete Albert Burger aus, dass auch noch Jahrzehnte nach seinem Tod so viele Menschen seiner dankbar gedenken?

Alois Schätzle fasst es zusammen: Zielstrebigkeit, Ausdauer und eine Menschlichkeit, der das Intrigieren fremd war. Politik habe Albert Burger immer als den Wettbewerb der guten Ideen gesehen und seinen Platz immer an der Seite der Schwachen.

Ihnen galt sein Einsatz und sein Engagement, ungeachtet eigener Beschwerden.

In einer Zeit, in der die Arbeit am Image das Fehlen eigener Ideen und geistiger Unabhängigkeit verdecken soll, kann Albert Burger gerade für die jüngere Politikergeneration ein hilfreiches und heilsames Vorbild sein. Angelika Doetsch <<<

### Gießen ist der kürzeste Weg vom Rohstoff zur Form



#### Metallgießerei Roth GmbH & Co. KG

Tannenstraße 17 + 19  
77731 Willstätt-Eckartsweier

Telefon (0 78 54) 3 83  
Telefax (78 54) 75 29  
E-Mail: info@roth-giesserei.de



## CDU Südbaden

Interessieren Sie die Aufgaben und Organisation der CDU-Bezirksgeschäftsstelle? Möchten Sie uns bei der Vorbereitung von Veranstaltungen helfen und unsere ehrenamtlich Aktiven unterstützen?

Die CDU Südbaden bietet Schülern (m/w) und Studenten (m/w) die Möglichkeit eines zwei- bis vierwöchigen (halbtags)

### Praktikums in unserer Bezirksgeschäftsstelle in Freiburg.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:  
Bezirksgeschäftsführerin Astrid Hermann  
CDU-Bezirksverband Südbaden  
Eisenbahnstraße 64, 79098 Freiburg  
Telefon 0761 387620  
post@cdu-suedbaden.de, www.cdu-suedbaden.de

# CDU-Mitglieder feiern Klaus Töpfer

„Freiämter Erklärung“: Vision für ein energieautarkes Südbaden

Die CDU-Südbaden steuerte am Samstag klar auf „Töpfer-Kurs“, wie es CDU-Bezirksvorsitzender Andreas Jung ausdrückte. Umjubelter Gast auf dem Mitglieder-Bezirkstag in der energieautarken Gemeinde Freiamt im Kreis Emmendingen war der frühere Bundesumweltminister Prof. Klaus Töpfer. Er habe als Vorsitzender



der von der Kanzlerin eingesetzten „Ethik-Kommission“ den „Energiekonsens in Deutschland möglich gemacht“, so Jung. Töpfers leidenschaftlichen Appell, die Energiewende konsequent umzusetzen, quittierten die fast 250 Mitglieder mit langem rhythmischem Beifall. In seiner Rede hatte er den Weg zur Energiewende beschrieben und die Chancen der Umstellung in den Mittelpunkt gestellt. Diese gelte es jetzt beherzt zu ergreifen. Davon werde Deutschland auch wirtschaftlich profitieren.

Das nahmen die südbadischen CDU-Mitglieder wörtlich: Mit überwältigender Mehrheit wurde eine „Freiämter Erklärung“ beschlossen, in der die Vision einer vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien für Südbaden und Baden-Württemberg formuliert wird. „Wir streben einen möglichst hohen Grad an energetischer Autarkie an“, heißt es wörtlich. Keinen Zweifel lassen die Christdemokraten daran, dass hierzu auch ein verstärkter Ausbau der Windenergie notwendig ist. Die CDU Südbaden teilt das Ziel der Landesregierung, bis 2020 10 Prozent des Stroms in Baden-Württemberg durch Windenergie zu erzeugen. „Im Norden wird Windstrom erzeugt und wir zahlen dafür, das darf nicht der neue Länderfinanzausgleich sein“, erklärte der Konstanzer Bundestagsabgeordnete Andreas Jung. Erforderlich sei aber eine überregionale Steuerung. „Nur so kann eine Bündelung der Anlagen erreicht werden“, betonte der

Ettenheimer Bürgermeister Bruno Metz, der die Positionen federführend erarbeitet hatte. Dadurch soll es auch möglich sein, Flächen für Natur- oder Landschaftsschutz frei zu halten. Die Umsetzungspläne der grün-roten Landesregierung, die einen ungesteuerten Ausbau vorsehen, lehnt die CDU Südbaden deshalb ab. Darin sei man sich mit den Naturschutzverbänden und mit dem Schwarzwaldverein einig, berichtete der Lörracher Landtagsabgeordnete Ulrich Lusche, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, von einer Anhörung in Stuttgart. Um die Akzeptanz des Ausbaus der Windkraft zu sichern, sprechen sich die Christdemokraten für eine umfassende Bürgerbeteiligung bei den Planungen und für möglichst viele Bürgerenergie-Genossenschaften aus.

Einen konsequenten Kurs fordert die CDU Südbaden vom Bund genauso wie von der Landesregierung: Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber den Nachbarn in Frankreich und der Schweiz für einen kritischen Kernenergie-Kurs einzuset-



zen. „Fessenheim muss abgeschaltet werden, denn Gefahren machen nicht vor Grenzen Halt“, forderte Andreas Jung. Zudem dürfe die Bundesregierung den Bau eines Kernkraftwerks in Brasilien nicht wie geplant mit einer sogenannten „Hermes-Bürgschaft“ absichern. „Hier abschalten, dort einen Neubau unterstützen, das wäre inkonsequent“, argumentierte der Bezirksvorsitzende.

Die grün-rote Landesregierung wird aufgefordert, sich eindeutig zum Bau des Pumpspeicherwerks in Atdorf zu bekennen. „Solche Speicher brauchen wir zum Gelingen der Energiewende“, unterstrich Andreas Jung. „Da darf sich niemand in die Büsche schlagen!“ Die CDU ist die einzige Partei, die auch vor Ort im Kreis Waldshut das Projekt unterstützt. Die Vertreter der Regierungsparteien im Land bekämpfen dagegen dort die Planungen. Außerdem fordert die CDU Südbaden Ministerpräsident Kretschmann auf, seine Blockadehaltung gegen eine steuerliche Förderung der Gebäudesanierung zu beenden. Hier werden gewaltige Potenziale für Energieeffizienz gesehen. Der Bundestag hat die steuerliche Absetzbarkeit energetischer Maßnahmen beschlossen, der Bundesrat verweigert die erforderliche Zustimmung. „Energiekonsens heißt, dass alle etwas beitragen müssen“, fordern Andreas Jung und Ulrich Lusche: „Laut Taten fordern, aber kneifen wenn es konkret wird - das lassen wir dem Ministerpräsidenten nicht durchgehen!“

Mit ihren Freiämter Beschlüssen knüpft der Bezirksverband an eine Tradition an: Bereits im Jahr 1984 verabschiedete die CDU Südbaden eine „Grüne Charta“, die damals als wegweisend für Umwelt- und Naturschutz gewertet wurde. „Daran knüpfen wird jetzt an“, unterstrich Andreas Jung. Die Entscheidung durch die Mit-

glieder statt wie bisher üblich durch Delegierte bezeichnete er dabei als „neuen Stil“. Die Oppositionsrolle im Land wolle man als „Chance zur Erneuerung von unten nach oben“ begreifen. Bereits im September hatte die CDU Südbaden auf einem Mitglieder-Parteitag mit Wissenschafterministerin Dr. Annette Schavan ihre Forderungen zur Bildungspolitik formuliert. <<<

## Ein „Hybrid“ bei der Bundespräsidenten-Wahl

Ruth Baumann gemeinsamer Kandidat der Grünen und der CDU



Stuttgarter Landtag, zuzuhören. „Es war für mich beeindruckend, dass alle Anwesenden Herrn Gauck ungeteilte Aufmerksamkeit schenkten. Er verstand es, uns zu packen und mitzunehmen“, beschrieb Ruth Baumann ihren Eindruck des Gauck-Auftritts in Stuttgart, wo sie aufgrund ihres eigenwilligen „Wahlstatus“ gerne als „Hybrid“ geneckt wurde.

Die Aussagen und Statements des Bewerbers um das höchste Staatsamt der Bundesrepublik fanden ihre Zustimmung. Sie habe die Hoffnung, dass er Diskussionen und Themen aufgreife, die nicht immer nur auf Einverständnis und Gegenliebe stoßen. „Gauck wird sicherlich kein pflegeleichter Bundespräsident sein, sondern über Parteigrenzen hinweg Vorstellungen und Werte eigenständig vertreten“, charakterisiert Ruth Baumann das neue Staatsoberhaupt. „Aber eine Person mit Ecken und Kanten ist zwischen den oft konform wirkenden Politikern erfrischend, steigert allerdings auch die Erwartungen an dessen künftiges Wirken und Handeln“

<<<

Es war schon ein Novum, dass die Fraktionen der Grünen und der CDU des baden-württembergischen Landtages sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Bundesversammlung einigten. Denn beiden stand rein rechnerisch ein halber Wahlmann zu - und bevor das Los eine Entscheidung herbeiführen musste, beschloss man, sich auf einen gemeinsamen Bewerber zu verständigen. Die Wahl fiel auf Ruth Baumann, Präsidentin der Unternehmerfrauen im Handwerk Baden-Württemberg e.V., auch engagiert in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT).

Die „Frau aus dem Handwerk“, die in einem Freiburger Straßenbauunternehmen täglich ihren „Mann“ steht, wurde von ihrer „Misch-Nominierung“ überrascht. Obwohl sie Joachim Gauck bereits vor seiner erneuten Kandidatur als Bundespräsident in Vorträgen erlebt hatte, ließ es sich die Mittelständlerin aber nicht nehmen, ihm erneut, bei seinem Besuch im



## Grün-Rot handelt frauenfeindlich

Frauenunion Südbaden kritisiert grün-rote Polizeireform  
Für Frauen weder Führungspositionen noch Teilzeitstellen möglich

In der von Grün-Rot geplanten Polizeireform sieht die Frauenunion Südbaden eine Gefahr für die Positionen der Frauen in Führungspositionen. Für die 12 Regional- und drei Fachpräsidien wurden als Projektverantwortliche nur Männer genannt. Dass diese später die Präsidien leiten, ist anzunehmen. Bisher haben zwei Frauen, in Mannheim und Karlsruhe, ein Präsidium unter ihrer Leitung.

Obwohl diese Standorte nicht in der Reform von Grün-Rot betroffen sind, tauchen

keine Namen von Frauen in der weiteren Planung auf. „Grün-Rot redet immer von Chancengleichheit, aber wenn es darum geht, werden nur die eigenen Leute mit Posten versorgt“, so Birgit Veith, Bezirksvorsitzende der Frauenunion Südbaden. Durch die Ernennung der Projektleitung sei das Stellenbewerbungsverfahren vorgezogen. Dabei seien Frauenpositionen völlig unter die Räder gekommen. „Grün-Rot sollte Frauen in Führungspositionen fördern und nicht wegrationalisie-

ren!“, so Veith. Ein weiteres Problem der Polizeireform sei, dass viele Standorte zusammengelegt würden. Dabei verlängere sich für viele Polizistinnen oder Frauen, die in der Verwaltung arbeiten, der Arbeitsweg erheblich. „Durch lange Anfahrten ist eine Teilzeitstelle unmöglich. Dadurch wird verhindert, dass Frauen mit Kindern trotzdem arbeiten können. Von Familienfreundlichkeit ist bei Grün-Rot keine Spur!“, so Veith.

Die Frauenunion Südbaden fordert von der grün-roten Regierung und insbesondere von Innenminister Gall, dass seine frauen- und familienfeindliche Polizeireform erneut überdacht wird.

<<<

AK Schule und Bildung

# Grün-rotes Chaos in der Bildungspolitik

Volker Schebesta im Arbeitskreis Schule und Bildung

Gast beim südbadischen Arbeitskreis „Schule & Bildung“ war zuletzt der Parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Volker Schebesta. Der Offenburger Abgeordnete, in der vorangegangenen Legislaturperiode Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, referierte zur aktuellen Schulpolitik der grün-roten Regierung und zeigte die CDU-Positionen in der Opposition auf.

Für Schebesta sind die Unstimmigkeiten und Widersprüche in Sachen Bildung in der grün-roten Koalition überraschend schnell deutlich geworden. Beim G9-Abitur gebe es erhebliche Konflikte zwischen SPD und Grünen und auch in der geplanten Ablösung der Regierungspräsidenten habe der Ministerpräsident keine Souveränität gezeigt. Eine sachliche Begründung, warum ausgerechnet der südbadische Regierungspräsident Julian Würtenberger, der parteiübergreifend anerkannt war, abgelöst wurde, konnte nicht geliefert werden.

Der Referent kündigte für die CDU-Landtagsfraktion ab Mai 2012 eine Veranstaltungsreihe an, in der die CDU-Positionen von der grün-roten Bildungspolitik für die Öffentlichkeit deutlich abgegrenzt werden. Die Mitglieder des AK Schule & Bil-

dung stellten Schebesta ihr Unverständnis und Ihre Sorge zur aktuellen bildungspolitischen Situation, u.a. zur Unterrichtsversorgung, zum Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlungen und zur Umsetzung von G8 und G9 dar. Schebesta ver-



**V. li: Peter Kleefass, Martin Voßler, Helmut Kleinböck sowie Volker Schebesta Mdl.**

wies in diesem Zusammenhang auch auf die vielen offenen Fragen zur Gemeinschaftsschule. Als sehr unglücklich und problematisch wurden auch die vorgenommenen Änderungen bei der Werkrealschule und die Aufkündigung der geplanten Kooperation mit den Berufsfachschulen gesehen.

Die AK-Teilnehmer, die aus allen südbadi-

schen Kreisverbänden nach Kirchzarten kamen, zeigten sich einig, dass sich zunehmend viele Fragen hinsichtlich der Qualitätsentwicklung aber auch der Gleichbehandlung der Schularten stellen. Bedauert wurde auch, dass die Realschulen und die Berufliche Schulen nicht die verdiente und erforderliche Aufmerksamkeit erhalten. Scharf kritisiert wurde die Rücknahme der Absenkung des Klassenteilers auf 28 Schülerinnen und Schüler. Obwohl die Finanzmittel im Haushalt 2011/12 vorhanden sind, wurde der Klassenteiler-Beschluss der letzten CDU-/FDP-Regierung zurückgenommen. Dagegen wird der 28er-Klassenteiler bei den startenden Gemeinschaftsschule gestattet.

Die AK-Mitglieder bestärkten Schebesta, dass eine solche Ungleichbehandlung bzw. Bevorzugung einer Schulart generell abzulehnen ist.

Insgesamt sehr kritisch werden die Unterrichtsversorgung und die Neueinstellungen von jungen Lehrkräften zum Sommer 2012 gesehen. Entgegen früher Jahre fehlen den Schulen verlässliche Zahlen, mit vielen neuen Lehrkräften zu Schuljahresbeginn gerechnet werden kann.

Die aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen werden insbesondere in der konkreten Umsetzung als sehr problematisch wahrgenommen und es besteht vielerorts die Befürchtung, dass ein gut funktionierendes und erfolgreiches Schulsystem auf Dauer großen Schaden nehmen wird.

Lukas Beck, Waldkirch<<<



**FILIPPI**  
Iso- und Trapezbleche



Service Telefon  
**078 41 - 67 3 55 0**

---

**Sandwichelemente und Trapezbleche für Dach und Wand**



**NEU**  
Industriehallen und Montagen



**NEU**  
ECO-Dach

Filippi GmbH  
Industriegebiet Heid  
D-77855 Achern

Tel 0 78 41 - 67 3 55 0  
Fax 0 78 41 - 67 3 55 22

kontakt@filippigmbh.de  
www.filippigmbh.de

Große Auswahl sowie Restposten sofort ab Lager



*Seit Generationen brennen wir Geistvolles und Aromatisches aus den wunderbaren Früchten unserer nahen und weiteren Umgebung. Auf bedeutenden Qualitäts-Prüfungen wurden unsere Edelbrände wiederholt ausgezeichnet.*





FRANZ FIES  
SCHWARZWÄLDER EDELOBSTBRENNEREI  
OBERKIRCH-RINGELBACH/SCHWARZWALD

## Bruno Metz referierte beim Arbeitskreis der Senioren in der CDU-Ettenheim!

Das Stadtoberhaupt von Ettenheim, Bürgermeister Bruno Metz, sprach beim Arbeitskreis der Senioren in der CDU-Ettenheim über kommunalpolitische Themen der Stadt mit Schwerpunkt Haushaltsplan, kommunale Einrichtungen. Zu diesem Thema waren 30 interessierte Senioren/Seniorinnen gekommen, um zu hören was es Neues gibt im Städtchen. Zu den wichtigsten Themen gehörte der Haushaltsplan der Stadt 2012, den Bürgermeister Bruno Metz in einer Videopräsentation erläuterte. Der Haushaltsplan 2012 weist ein Gesamtvolumen von 30.879.350,00€ auf.

**Sorgen um unser Schulwesen.** Für das August-Ruf-Bildungszentrum steht eine Erweiterung der Klassenräume an, obwohl die Schülerzahlen in Ettenheim ohne die Heimschule St. Landelin von 1800 Schüler in 2012 im Jahr 2017 auf 1400 Schüler sinken werden.

**Altstadtsanierung.** Für die Altstadtsanierung stehen Investitionen von 340.000€ bereit. Und für Wasserläufe, Wasserbau und Hochwasserschutz stehen Investitionen von 1,2 Millionen an, die damit als abgeschlossen gelten und sich die Stadt nun

von nahezu 67 Mill. Dem gegenüber steht ein Soll an Schulden von 5188,87 Mill.

In der anschließenden Diskussion zeigten sich die Teilnehmer mehr als zufrieden mit der guten Haushaltsführung der Stadt Ettenheim.

Probleme wurden angeschnitten mit der Verkehrssituation in der Innenstadt und deren Parkplätzen. Ob sich die Wiedereinführung einer Einbahnregelung im Innenbereich der Stadt verwirklichen lässt, muss eine Verkehrskommission klären.

Das Fehlen einer augenärztlichen Praxis in Ettenheim wurde für die Senioren zu einem wichtigen Thema, welches Bruno Metz im Detail erläuterte wobei er wenig Hoffnung aufzeigte, wieder einen Augenarzt nach Ettenheim zu bekommen. Der Ärztemangel in diesem Fachbereich wäre zu groß, um einen Augenarzt nach Ettenheim zu verpflichten.

Im Anschluss zur Diskussion bedankte sich Rudolf Zimmermann, Vorsitzender des Arbeitskreises, bei Bürgermeister Bruno Metz für seine Ausführungen zum Haushaltsplan und dessen Erklärungen. Zum nächsten Termin des Arbeitskreises der Senioren am Dienstag, den 23. Mai 2012, wird eine Busfahrt nach Rastatt zur Besichtigung des Schlosses Favorite angeboten mit einem anschließenden Besuch von Baden-Baden zur Kaffeepause.

Bericht: Dieter Tieken. <<<



**Entwicklung des Flächennutzungsplans der Stadt Ettenheim bis 2025.** Durch Erhebung und Prognose des Statistischen Landesamts, wurde für die Gesamtgemeinde Ettenheim ein Flächenbedarf von nur 16,84 ha ermittelt. Die Gründe hierfür liegen in verschiedenen Sachbereichen, u.a. der Bedarf an Gewerbeflächen stetig zurück geht und für den Wohnbau auf ca.12, 91 ha stagniert. Altdorf weist lediglich noch 6,29ha für Gewerbe aus.

anderen wichtigen Aufgaben zuwenden kann.

**Die finanzielle Situation der Stadt.** Sie ist dank guter Haushaltsführung im Vergleich zu anderen Städten in einem guten Bereich. Die Gewerbesteuer hat sich durch die gute Entwicklung in den Gewerbegebieten auf 2,8 Mill. fast verdreifacht und im Anlagevermögen verzeichnet die Stadt ein deutliches Plus zu einem Vermögen

### NEWS • NEWS

Aktuelles und Interessantes finden Sie unter [www.cdu-ortenau.de](http://www.cdu-ortenau.de)

**Ihr Partner für Auto und Zweirad in Achern**

Telefon 07841/6004-0

Telefon 07841/28250

**Auto und Zweirad GmbH**  
77855 Achern · Oberacher Str. 77 + 90 · [www.rest-web.de](http://www.rest-web.de)



## MIT: Einsparungen bei den Landesbeamten nicht tabuisieren

Stuttgart. Trotz der konjunkturellen Steuerermäßigungen bleibt die Haushaltslage in Baden-Württemberg angespannt.

Strukturell machen die steigenden Personalkosten für die aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht zuletzt aber die steigenden Pensions- und Beihilfeausgaben der Ruhestandsbeamten Sorgen. „Wer die Beamten beim Sparen außen vor lässt, obwohl ihre Altersversorgung gegenüber dem

Gros der Bevölkerung deutlich privilegiert ist, nimmt billigend in Kauf, dass notwendige Zukunftsinvestitionen im Land unterbleiben,“ unterstrich Peter Ibbeken, der Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT), unter dem Beifall der MIT-Kreisvorsitzendenkonferenz, die am Samstag parallel zum Beamtenbundprotest in Stuttgart tagte.

Die grün-rote Landesregierung für ihre Stellenmehrung in

den Ministerien sowie die teure und stilllose Ablösung von zwei Regierungspräsidenten scharf zu kritisieren, sei das eine, so Ibbeken. „Doch auch wenn die CDU den Ministerpräsidenten stellen würde, müssten wir an die Beamtenpensionen und die Beihilfe ran.“ Auch in der Opposition ließen sich bittere Wahrheiten nicht verdrängen.

Schließlich gehe es um das langfristige Wohl des Landes, nicht um die Beibehaltung liebgegewordener Besitzstände. <<<



## 8. März 2012 – Internationaler Frauentag mit der FU in Freiburg



Der von der Freiburger Frauenunionsvorsitzenden Priska Seiler initiierte Stand wurde zum vollen Erfolg. Zwar musste um den Standort bereits um 8.00 Uhr gekämpft werden, obwohl der offizielle Teil erst um 11.Uhr begann, aber der Einsatz lohnte sich. Die FU Vorsitzende Birgit Veith, Priska Seiler und Helga Gund verteidigten in aller Frühe den vorher ausgespärten Standort. Die farbenfrohen Schirme der Frauenunion stachen sofort ins Auge. Die Informationsschriften der Frauenunion, aber auch die anderen kleinen Gaben fanden viel Zuspruch. Als hätte man plötzlich die Scheu und Vorurteile gegen FU oder CDU über Bord geworfen, kamen nicht wenige und diskutierten lebhaft mit den anwesenden Frauen der Frauenunion. Auch die Möglichkeit, mit der Stadträtin und Helen Weber Preisträgerin Dr.Sylvie Nantcha zu diskutieren, wurde lebhaft genutzt.

Zum absolute Highlight wurden die orangenen und weißen mit Helium gefüllten Luftballons.

Kinder, Jugendliche, ganze Schulklassen rissen die Farbtupfer, aus den Händen der Frauen. Eltern banden die bunten Ballons an ihre Kinderwägen und nahmen auch für

ihre zu Hause weilenden Kinder Ballons mit. Die Aufschrift CDU oder FU war kein Thema. Mit Begeisterung wurden die Luftballons durch die Innenstadt getragen, die dadurch in ein orange-weiß farbiges Luftballonmeer verwandelt wurde. Der Zuspruch der Bevölkerung war rundum freundlich und interessiert. Auch der Kreisvorsitzende der CDU Freiburg Dr. Klaus Schüle nahm die lockere Stimmung gerne auf und verteilte mit Begeisterung Luftballons.

Wer im März vergangenen Jahres beim Internationalen Frauentag, oder im Landtagswahlkampf am Stand gestanden und die zum Teil giftige Ablehnung erlebt hatte, konnte sich über die plötzliche Stimmungänderung nur wundern. Ändert sich da etwas?

Alle waren sich einig. Das macht Mut zum engagierten Weitermachen!

Helga Gund , FU-Südbaden <<<

ERWIN FRIEDMANN  
KUNSTSTOFFWERK GMBH  
Industriestraße 9  
77656 Offenburg-Elgersweier  
Telefon: 0781 / 969 34-0  
Telefax: 0781 / 969 34-99



**FRIEDMANN**  
Kunststoff-Formteile  
Wir bringen Ihre Ideen in Form!

www.friedmann-formteile.de  
vertrieb@friedmann-formteile.de

**Polyurethan Formteile aus R-RIM, Kompaktschaum, Hartschaum**  
Technische Teile    Fahrzeugteile    Medizintechnik





## JU und DKMS danken den Spendern



Lahr. Die Junge Union Ortenau (JU) veranstaltete am Karfreitag eine Spendenaktion für die Deutsche Knochenmarkspenderdatei (DKMS) in der Lahrer Innenstadt. Dabei wurden rund 450 Euro gesammelt. „Zusammen mit der DKMS freuen wir uns über diesen Betrag. Mit dem Geld werden Blutproben von potenziellen Stammzellenspendern untersucht. Diese Untersuchung ist sehr kostenaufwendig“, so die JU Kreisvorsitzende, Madline Gund (4. v. r.). Der Spendenbetrag wurde einerseits durch den Verkauf von Waffeln am Stand in der Innenstadt sowie durch das Spendensammeln mit Sammelbüchsen erzielt. Gund: „Die DKMS und die JU Ortenau danken allen Spendern für ihren Beitrag“. Geldspenden können auch weiterhin auf das Konto der Deutschen Knochenmarkspenderdatei überwiesen werden: Kto.-Nr. 255556; Kreissparkasse Tübingen; BLZ 64150020. <<<

## Für den Erhalt der Mehrgenerationenhäuser in der Ortenau

Bundesweit gibt es rund 500 Mehrgenerationenhäuser. „Der demographische Wandel bringt mit sich, dass es künftig mehr Ältere als Jüngere in unserer Gesellschaft gibt.

Ein Dialog zwischen beiden Altersgruppen ist deshalb umso wichtiger. Gerade in den Mehrgenerationenhäusern gibt es zahlreiche Begegnungen zwischen Jung und Alt“, so die Kreisvorsitzende der JU Ortenau, Madline Gund. Finanziert werden die Mehrgenerationenhäuser aus Bun-

desmitteln und von den jeweiligen Kommunen. Die Finanzierung dauert jedoch nur noch bis 2014.

Im grün-roten Koalitionsvertrag steht, dass Mittel für die Häuser aus dem Landeshaushalt 'dauerhaft' bereitgestellt werden sollen, um diese sinnvollen Einrichtungen in Baden-Württemberg langfristig zu erhalten. In der Ortenau gibt es immerhin zwei – in Haslach und Offenburg. Jetzt macht Grün-Rot plötzlich einen Rückzieher.

Geld für Tausend neue Beamte ist wohl da, für Mehrgenerationenhäuser aber offensichtlich nicht. Die JU Ortenau fordert deshalb, dass diese sinnvollen Einrichtungen erhalten bleiben. Das Land soll entsprechend Mittel bereitstellen. Jeder Cent ist hier richtig angelegt, denn der Dialog zwischen Jung und Alt nutzt der ganzen Gesellschaft“, bekräftigt Gund. (Vgl. Koalitionsvertrag, S. 49, „Qualifizierte Pflege ausbauen - Pflegestrukturen verbessern“).

aka <<<

## Zur Abberufung Würtenbergers

„Wir lehnen es ab, dass Julian Würtenberger nicht mehr Regierungspräsident sein soll“, stellt die Kreisvorsitzende der Jungen Union Ortenau, Madline Gund, klar. Gund: „Wir wissen, dass eine Ablösung nach dem Beamtengesetz rechtlich zulässig ist, aber die Entlassung können wir nicht nachvollziehen. Würtenberger leistete eine hervorragende Arbeit. Diese wird nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch in den Reihen grün-roter Politiker anerkannt. Sogar ein Naturschutzverband sprach sich für seinen Verbleib aus. Kretschmann betont immer wieder gerne, dass er einer ‚Bürgerregierung‘ vorstehe. Wenn es eine solche wäre, hätte er den beliebten Würtenberger nicht abberufen. Kretschmann vertritt keine Politik, die auf die Bürger hört, Kretschmann handelte mit der Entlassung des Freiburger Regierungspräsidenten egoistisch und aus parteitaktischen Gründen. Ein Ohr für die Bevölkerung hatte er dabei aber nicht“. aka <<<

## JU Offenburg begrüßt Klimaschutzkonzept der Stadt

Der Offenburger Stadtverband der Jungen Union begrüßt, dass sich die Stadt dem Umweltschutz intensiver widmen will. „Gerade die junge Generation profitiert von einem Klimaschutzkonzept, das die Stadt ausarbeitet. Wir wollen, dass jungen Offenburgern auch noch in einigen Jahrzehnten eine lebenswerte Stadt mit intakter Natur bleibt“, so der Stadtverbandsvorsitzende Felix Ockenfuß. Es sei deshalb „lobenswert“, so Ockenfuß, dass die Stadt Offenburg „ein solch hervorragendes Radwegenetz bietet und deshalb der Anteil der Fahrradfahrer auch sehr hoch ist“. Um solche Aktivitäten zu intensivieren, betrachtet die JU Offenburg die Etablierung eines Beauftragten für Klimaschutz positiv:

„Er sollte – und das ist wichtig – im Dialog mit den Bürgern nach Ideen suchen, die den Umweltschutz auf kommunaler Ebene weiter vorantreiben.

Außerdem hilft er bei der Vermittlung und Verwirklichung von Konzepten“, so Ockenfuß. Der Ausbau erneuerbarer Energien sei besonders wichtig, um im Klimaschutz voranzukommen. Gleichzeitig mahnt er an, dass gerade solche Entwicklungen „eng mit den Bürgern vor Ort abgesprochen werden müssen“. Hierin bestehe zuletzt nicht nur die Chance, den Klimaschutz wirklich voran zu bringen, sondern auch viele Potenziale der Stadt und der Region auszuschöpfen, z.B. technisches Know-How der Offenburg Hochschule. aka <<<

# aROSA

Lust auf Schiff

Mit **STUDIOSUS**-Reiseleitung  
und sechs inkludierten **AUSFLÜGEN**

**8 REISETAGE**

**AB € 1.755,-**

## SAVOIR-VIVRE AN RHÔNE UND SAÔNE

# FLUSSKREUZFAHRT MIT DER A-ROSA LUNA

**LYON - CHALON-SUR-SAÔNE - MÂCON - VIVIERS - ARLES - AVIGNON - LYON**

**Studiosus**  
Gruppenreisen

Lust auf Schiff. Leinen los.

Liebhaber von Flusskreuzfahrten haben die Reize der Langsamkeit längst für sich entdeckt. Folgen Sie der Rhône und Saône vom Burgund in die Provence! Lernen Sie lebensfrohe Städte, prächtige Kathedralen und das einzigartige Flair Frankreichs kennen. Kosten Sie feine Käse und exzellente Weine und lassen Sie sich an Bord der komfortablen „A-ROSA LUNA“ verwöhnen. Linienflüge mit Lufthansa und die speziell qualifizierte Studiosus-Reiseleitung runden diese Reise in kleiner Gruppe angenehm ab.



### REISEVERLAUF

Tag	Ort/Hafen	Programm / Liegezeiten	-Änderungen vorbehalten-	
			Ankunft	Abfahrt
01		Individuelle Anreise zum Flughafen und vormittags Linienflug mit Lufthansa von Frankfurt nach Lyon. Transfer zum Schiff. Einschiffung und Freizeit. Inkludierte Ausflüge		20:00h
02	Chalon	„Von der Traube zum Wein“	10:00h	20:00h
03	Mâcon	„Das mächtige Kloster“	06:00h	13:00h
04	Viviers	„Grüße aus der Renaissance“	12:00h	18:30h
05	Arles	„Wilde Natur für Genießer“	06:00h	14:00h
05	Avignon		18:30h	
06	Avignon	Stadtrundgang		12:00h
07	Vienne		08:30h	09:00h
07	Lyon	Stadtrundgang	12:30h	
08	Lyon	Ausschiffung und Transfer zum Flughafen. Nachmittags Linienflug mit Lufthansa nach Frankfurt. Individuelle Weiterreise zu den Ausgangsorten.		

- Die Reihenfolge der Häfen kann je nach Reiseternin variieren -



**Lufthansa**

## „A-ROSA LUNA“

**Schiff.** Ihre Kreuzfahrt auf der Rhône und Saône ab/bis Lyon unternehmen Sie an Bord der „A-ROSA LUNA“, einem Schiff der \*\*\*\*(\*)-Kategorie. 2005 in Dienst gestellt, besticht das 126m lange und 11,50m breite Schiff durch moderne Technik und angenehmen Komfort. Besonders hervorzuheben ist das Buffetrestaurant, welches sich durch abwechslungsreiche Themenbuffets mit Live-Cooking auszeichnet. **Einrichtung.** Marktrestaurant und Day Lounge sowie großes Außenrestaurant auf dem Sonnendeck, eine Loungebar, eine Petit Bar auf dem Sonnendeck sowie Sonnenliegen und -schirmen und ein beheizbarer Swimmingpool, großzügiger Wellnessbereich SPA-ROSA mit finn. Panoramasauna, Dampfsauna, Fitnessraum mit modernen Cardiogeräten, Massage- und Beautyanwendungen, kleine Bordbibliothek, ein Shop mit Artikel des täglichen Bedarfs, Filme und die A-ROSA Kollektion, Wäschereiservice.

**Bordsprache.** Die Sprache an Bord ist Deutsch. **Medizinische Betreuung.** In Notfällen ist eine ärztliche Versorgung durch die Infrastruktur des Fahrtgebiets sichergestellt.

**Mahlzeiten.** Es gibt keine feste Tisch- oder Sitzordnung. Die Tischzeiten entnehmen Sie bitte dem Tagesprogramm. Das Mineralwasser ist zu den Hauptmahlzeiten inklusive. Frühstück, Mittag und Abendessen gibt es in Buffetform, Kaffee und Kuchen am Nachmittag. Ein Höhepunkt der Reise ist in Ihrem Reisepreis enthaltene servierte Abschiedsmenü „Wine & Dine“ mit korrespondierenden Weinen.

**Reiseleitung und Landausflüge.** Bei Ihrer Flusskreuzfahrt werden Sie von einem qualifizierten Studiosus-Reiseleiter betreut. Er ist die gesamte Reise mit an Bord, lässt Sie mit fundierten Vorträgen tiefere Einblicke in das Reise-land gewinnen und leitet natürlich auch die sechs in Ihrem Reisepreis bereits enthaltenen Landausflüge und Stadtführungen.

## Passagierkabinen


**Außenkabinen (Kat. S).** Wenn Sie eine besonders günstige Reisevariante suchen, wählen Sie die Kabinenkategorie S, welche auf Deck 1 liegt. Sie ist 14,5 qm groß und ausgestattet mit Klimaanlage, Sat.-TV, Kleiderschrank, Safe und Badezimmer mit Dusche/WC (Bademantel auf Wunsch kostenlos). Die Kabine verfügt über 2 getrennte untere Betten sowie über ein oberes Bett.

**Außenkabinen (Kat. A).** Nach einem aufregenden Tag können Sie sich in Ihrer modernen Kabine entspannen, welche auf Deck 1 liegt und über ein Doppelbett verfügt. Klimaanlage, Sat.-TV, Kleiderschrank, Safe und Badezimmer mit Dusche/WC (Bademantel auf Wunsch kostenlos) sowie 2 Bullaugen komplettieren die Ausstattung. Die Kabinen dieser Kategorie sind 14,5 qm groß.

**Außenkabine mit frz. Balkon (Kat. C).** Genießen Sie den stetig wechselnden Ausblick von Ihrem französischen Balkon mit raumhohen Türen zum Öffnen. Ein Doppelbett, Klimaanlage, Sat.-TV, Kleiderschrank, Safe und Badezimmer mit Dusche/WC (Bademantel auf Wunsch kostenlos) sowie ein Fliegengitter an der Balkontür komplettieren die Ausstattung. Die Kabinen dieser Kategorie sind 14,5 qm groß und liegen auf Deck 2.

**Außenkabinen mit frz. Balkon (Kat. D).** Genießen Sie den stetig wechselnden Ausblick von Ihrem französischen Balkon mit raumhohen Türen zum Öffnen. Ein Doppelbett, Klimaanlage, Sat.-TV, Kleiderschrank, Safe und Badezimmer mit Dusche/WC (Bademantel auf Wunsch kostenlos) sowie ein Fliegengitter an der Balkontür komplettieren die Ausstattung. Die Kabinen dieser Kategorie sind 14,5 qm groß und liegen auf Deck 3.

### Im Reisepreis enthalten:

- Linienflug mit  Lufthansa von Frankfurt nach Lyon und zurück in der Touristenklasse
  - 8-tägige Kreuzfahrt/Passage ab/bis Lyon mit 7 Übernachtungen in der gebuchten Kabinenkategorie und VollpensionPlus an Bord der „A-ROSA LUNA“
  - Transfer vom Flughafen Lyon zum Schiffsanleger und zurück
- Und außerdem inklusive:**
- Speziell qualifizierte Studiosus-Reiseleitung in Frankreich
  - „Rail&Fly inclusive“ zum/vom Abflugsort in der 1. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
  - Themenabend mit „Wine & Dine“ als serviertes Menü mit korrespondierenden Weinen sowie Digestif und Kaffeespezialität
  - Mineralwasser zu allen Hauptmahlzeiten sowie auf der Kabine (1 Flasche pro Tag/Person)
  - SPA-Gutschein in Höhe von € 25,- p.P.
  - kostenloses WLAN
  - alle Hafengebühren und Steuern während der Kreuzfahrt
  - Serviceentgelte
  - freie Nutzung der meisten Bordeinrichtungen (Fitness, Sauna etc.)
  - Vorträge an Bord durch Ihre Studiosus-Reiseleitung
  - Sechs Landausflüge und Stadtrundgänge mit Studiosus-Reiseleitung
  - Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (ca. € 133)
  - Reiseliteratur mit einem KunstReiseführer pro Buchung
  - Versicherungsschein über den Reisepreis
  - NEU: Klimaneutrale Schiffspassage sowie Bus- und Bahnfahrten durch CO<sup>2</sup>-Kompensation

**Flug:** Im Reisepreis enthalten ist der Linienflug mit Lufthansa ab/bis: Frankfurt Zuschlag 70 € für Flug ab/bis: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Münster, Nürnberg, Stuttgart

### Klima (durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C):

	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt
Lyon	23	27	27	22	17

**Reisepapiere & Gesundheit:** Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben.

**Reiseversicherungen:** Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen den Abschluss eines „RundumSorglos-Schutzes“ (Reiserücktritts-, Reiseabbruch-, Reisegepäck- und Reisekranken-Versicherung mit medizinischer Notfall-Hilfe und RundumSorglos-Service) der ERV/Europäische Reiseversicherung AG. Die Prämie pro Person ist abhängig vom Reisepreis und beträgt z.B. € 88,- (bei Reisepreis bis € 2000,-), € 97,- (bei Reisepreis bis € 2500,-) oder € 119,- (bei Reisepreis bis € 3000,-).

### Reisepreis in € pro Person

8 Reisetag

Kabinenkategorie	S	A	C	D
Doppelkabine	1845	2095	2395	2475
Zuschlag Einzelkabine		625	1015	1155

Die o.a. Reisepreise gelten für folgende Reiseternine:

07.07. - 14.07.	14.07. - 21.07.	21.07. - 28.07.	11.08. - 18.08.
18.08. - 25.08.	08.09. - 15.09.	15.09. - 22.09.	

Kabinenkategorie	S	A	C	D
Doppelkabine	1755	1995	2195	2285
Zuschlag Einzelkabine		585	995	1035

Die o.a. Reisepreise gelten für folgende Reiseternine:

13.10. - 20.10.

Preise und Verfügbarkeit für 3. Person in der Kategorie S auf Anfrage.

**Teilnehmerzahl:** Mindestteilnehmerzahl: 18 Personen / Höchstteilnehmerzahl: 29 Personen  
Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen).

**Veranstalter und Reisebedingungen:** Veranstalter dieser Reise ist die Studiosus Gruppenreisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH, Stuttgart tritt lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter [www.agb-sgr.com](http://www.agb-sgr.com) druck- und speicherfähig abrufbar.

**Zahlung/Sicherungsschein:** Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Versicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 % des Reisepreises, maximal jedoch 1000 € pro Person fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

☞ .....

Anmeldecoupon bitte an Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH

Augustenstraße 44, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-66 905-0, Fax: 0711-66 905 99

Stichwort: Sonderreise CDU Intern Baden-Württemberg Rhône Flusskreuzfahrt

## Anmeldecoupon

**Termin:** ..... **ab/bis:** .....

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Name der Mitreisenden: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Kabinenkategorie .....  Einzelkabine

RundumSorglos-Schutz (Reiseversicherung) (bitte entsprechendes ankreuzen)

Ich melde mich und die aufgeführten Personen verbindlich an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.  
Oder:

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

## Junge Union Oberkirch/ Renchtal kritisiert die Bildungsreformen der Grün-Roten Landesregierung

Die Grün-Rote Landesregierung hat ihr Wahlkampfversprechen nicht gebrochen und macht ernst. Sie startet mit einem Paukenschlag in der Bildungspolitik. Wie bereits angekündigt, hat sie zum kommenden Schuljahr die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft. Damit entscheiden künftig die Eltern, welche weiterführende Schule ihre Kinder besuchen.

„Uns steht ein historischer Einschnitt in das bewährte baden-württembergische Bildungssystem bevor“, so die Vorsitzende der Jungen Union (JU) Oberkirch, Vera Huber. Die JU Oberkirch ist der Meinung, dass die Lehrer am besten die Leistungen ihrer Schüler beurteilen können und deswegen die alte Regel der verbindlichen Grundschulempfehlung nicht abgeschafft werden sollte. Schon jetzt findet in Bundesländern, welche die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft haben, ein Wettbewerb um Schulplätze an

Realschulen und Gymnasien statt, weil hier die Eltern entscheiden. Die JU Oberkirch befürchtet, dass die Hauptschulen künftig einen noch geringeren Zulauf erhalten, während die Schulplätze an Realschulen und Gymnasien nicht ausreichen werden.

Die Grün-Rote Landesregierung bleibt eine Antwort schuldig, wie sie dieses Problem in Zukunft lösen will. Es kann nicht sein, dass künftig das Los über die Schulkarriere eines Kindes entscheidet, wie es in einigen Bundesländern bereits der Fall ist. Die Empfehlung der Grundschullehrer wird dort in vielen Fällen ignoriert.

Durch diese Reform sinkt außerdem die Qualität des Bildungssystems, wenn der Unterschied zwischen lernstarken und weniger lernstarken Schülern in den einzelnen Klassen zu groß wird. Dies führt dazu, dass der Unterricht künftig weder den einen noch den anderen gerecht wird. Die JU

Oberkirch bezweifelt, dass den Schülern mit dieser Entscheidung einen Gefallen getan wird. Unsere Schüler sind keine Versuchskaninchen. Deshalb fordert die Vorsitzende die JU Oberkirch eine kontinuierliche Weiterentwicklung des bisherigen bewährten Systems anstatt eines kompletten Umbaus. Schließlich haben verschiedene Studien, wie unlängst der „Deutsche Lernetlas“, Baden-Württemberg ein sehr gutes Zeugnis in der Bildungspolitik ausgestellt.

Baden-Württemberg ist zu schade für Experimente. Bildung ist Baden-Württembergs Wirtschaftsmotor und wird es auch in Zukunft bleiben. Eine Verbesserung des Bildungssystems wird nicht durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung oder durch die Einführung der Gemeinschaftsschule erreicht. Dies haben bereits Reformen in anderen Bundesländern gezeigt. ge <<<

## Kein Hafturlaub für Verbrecher

Die Junge Union Ortenau und die Junge Union Achern-Sasbach sind empört über die Pläne einiger Bundesländer, die Häftlingen mit einer langen Haftdauer einen Hafturlaub von 21 Tagen anstatt nach frühestens 10 Jahren nun schon nach 5 Jahren gewähren wollen und lehnt dieses Vorhaben kategorisch ab.

Auch wenn im Strafvollzug der Gedanke der Resozialisierung, bei der versucht wird, die Häftlinge nach Verbüßung ihrer Strafe wieder so gut es geht in die Gesellschaft einzugliedern, verankert ist, so stellt der Strafvollzug ganz ausdrücklich die Konsequenz von Straftaten dar. Personen, die eine sehr lange Freiheitsstrafe zu verbüßen haben, haben schwere Straftaten in Form von Kapitalverbrechen wie Mord begangen und sind dafür rechtskräftig verurteilt worden. Gewährt man diesen Personen bereits nach 5 Jahren einen längeren Hafturlaub, so steigt die Gefahr einer Flucht aufgrund der nach dem Hafturlaub noch sehr langen Haftzeit sehr stark an. Außerdem ist zu befürchten, dass die Häftlinge während des Urlaubs weitere Straftaten begehen könnten. Vorallem setzt man mit solchen Plänen auch ein völlig falsches Zeichen. Auch wenn der Gedanke der Resozialisierung im Strafvollzug richtig ist, so muss in einem Rechtsstaat Opferschutz immer vor Täterschutz gehen und nicht umgekehrt.

Die Junge Union Ortenau und der Stadtverband Achern-Sasbach fordern deswegen die betreffenden Bundesländer auf, ihre Pläne intensiv zu überdenken und sich über die Folgen eines solchen Vorhabens Gedanken zu machen. Gleichzeitig zeigt man sich aber auch sehr erleichtert und erfreut darüber, dass das Land Baden-Württemberg keine derartigen Pläne verfolgt. <<<

## CDU und JU Lahr fordern Erhalt der gemischten Polizeistandorte

**Polizeireform führt zu völliger Entwurzelung vieler Familien / Kritik am Umgang mit den eigenen Mitarbeitern**

Kürzlich besuchte eine Delegation der Lahrer CDU und der Jungen Union Lahr den Geschäftsführer der Deutschen Polizeigewerkschaft Kreisverband Lahr, Jürgen Weber.

Zentrales Thema war die von Grün-Rot geplante Polizeireform. „Wenn die Reform kommt, wie sie momentan geplant ist, wird Lahr zu einem reinen Schulstandort“, erläuterte Jürgen Weber. „Das bedeutet, dass viele Polizisten von Lahr abgezogen werden und nach Bruchsal, oder an einen anderen reinen Einsatzstandort wechseln müssen.“ Den Polizisten würde dann zwar für eine Übergangsfrist ein Trennungsgeld bezahlt, welches einen Teil der Aufwendungen für die weite Anreise deckt. Danach aber würden Fahrtkosten nach Hause nicht mehr bezahlt werden. „Es trifft besonders die, die eh nicht viel haben und sich Pendeln nicht leisten können, während die Beamten des gehobenen Dienstes aufgrund ihrer Ausbildung eher umsatteln und zur Schule wechseln können“, so Weber.

Annette Korn, Lahrer CDU-Ortsvorsitzende, kritisierte den Umgang des Innenministeriums mit den eigenen Mitarbeitern: „Zu verlangen, dass zigfach Familien auf die Schnelle gezwungenermaßen

umziehen, führt zu einer völligen Entwurzelung dieser Familien aus unserer Region. Schließlich waren die Mitarbeiter der BePo bis vor kurzem gar nicht informiert, dass die Reform auch sie betreffen würde. Kritisch zu sehen ist auch, dass nach meiner Meinung die Attraktivität der Polizeiausbildung Schaden nehmen wird, wenn eine Ausbildung nur viele Kilometer von der Heimat möglich ist bzw. eine spätere Einsatzfähigkeit wiederum einen Ortswechsel erforderlich macht.“

„Auch, dass jemand, der zum Beispiel einen Einsatz bei einem Fußballspiel in Freiburg hat, zuerst nach Bruchsal fahren muss, um dort ins Einsatzfahrzeug zu steigen und dann zurück nach Freiburg fahren muss, ist unsinnig. Das kostet zum einen sehr viel Sprit, was die Grünen interessieren dürfte, und zum anderen erzeugt es viele Überstunden, was für den Steuerzahler wichtig ist“, so Madline Gund, Vorsitzende der JU Lahr.

CDU und JU Lahr schließen sich der Forderung der deutschen Polizeigewerkschaft an: Der Erhalt der gemischten Standorte ist unabdingbar. Lahr muss Einsatz- und Ausbildungsstandort bleiben! <<<

## Aus der CDU-Mitgliederversammlung

Renchen - Im Rahmen der jüngsten Mitgliederversammlung des CDU-Stadtverbandes Renchen im Gasthaus „Drei Könige“ in Erlach wurde Rückschau auf das kommunalpolitische Geschehen gehalten. Ebenso gab es einen Ausblick auf die bevorstehenden Herausforderungen. Gleichzeitig fanden Wahlen des Gesamtvorstandes statt.

Vorsitzender Werner Bär konnte von einer positiven Mitgliederentwicklung mit nunmehr 40 Mitgliedern berichten. In den vergangenen zwei Jahren gab es eine ganze Reihe von Highlights und hochkarätigen Veranstaltungen innerhalb des Stadtverbandes. So fand die Nominierung des Landtagskandidaten Willi Stächele statt. Mit einer wunderbaren kameradschaftlichen Gesamtleistung präsentierten sich die Mitglieder im Rahmen des Dorfjubiläums von Erlach. Im vergangenen Jahr referierte Hans-Peter Repnik in einer beeindruckenden Veranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit, die auf eine sehr positive Resonanz gestoßen ist. Ebenso ein politischer Dämmerschoppen mit Finanzminister Willi Stächele. Zu einer fantastischen Veranstaltung wurde die Einladung von Willi Stächele in einer übervollen Festhalle in Renchen kurz vor den Landtagswahlen. Es folgte der Wahltag und somit auch ein Regierungswechsel in Baden-Württemberg. Ohne eine Wertung abzugeben brachte Werner Bär zum Ausdruck, dass man im Land eine Veränderung spürt. Nun gilt es für die CDU, den besten Weg nach vorne zu machen.

Werner Bär zeigte sich erfreut darüber, dass seit vielen Jahren Mitglieder sich bereit erklären, einen Tag mit den Kindern aus Tschernobyl zu gestalten. Auch ansonsten kann er sich bei allen Aktionen des CDU-Stadtverbandes auf die Unterstützung der Mitglieder verlassen. Dies weiß man auch auf Kreisebene sehr zu schätzen.

Schatzmeister Thomas Kirn erläuterte den Kassenbericht. Die Kassenprüfer Monika Ziliox und Evi Löcher bescheinigten eine einwandfreie Kassenführung.

Die anstehenden Neuwahlen wurden von Bürgermeister Bernd Siefertmann geleitet. Nach den geheimen Wahlen setzt sich die

Einblick und entsprechende Möglichkeiten, sich einzubringen.

Auf Gemeindeebene wurde kürzlich der Haushaltsentwurf auf den Weg gebracht. In den vergangenen elf Jahren wurden die Schulden halbiert und somit keine neuen gemacht. In diesem Jahr werden neue Schulden gemacht, dies insbesondere wegen des niedrigen Zinsniveaus und aufgrund der Schulhaus-Erweiterung für die Ganztagesbetreuung. Dies ist ein zu-



**Die neue Vorstandschaft (v.li.) Werner Bär, Thomas Kirn, Gerhard Schitt, Albert Zink, Andrea Kohler, Herbert König, BM Bernd Siefertmann.**

Vorstandschaft wie folgt zusammen: Vorsitzender Werner Bär; Stellvertreter Gerhard Schitt und Albert Zink; Schatzmeister Thomas Kirn; Schriftführerin Andrea Kohler; Kassenprüfer Evi Löcher und Monika Ziliox.

Über die Arbeit im Kreistag und Gemeinderat informierte Bürgermeister Bernd Siefertmann. Wie in der Gemeinde ist auch in der Kreispolitik das Geld für Investitionen nur begrenzt. Hierbei gilt es, die jeweiligen Interessen jeder Gemeinde abzuwägen. Als Mitglied im Kultur- und Bildungsausschuss, doch ebenso im Umwelt- und Technikausschuss sowie im Verwaltungsausschuss hat er einen umfassenden

kunftsweisendes Projekts für den Schulstandort Renchen. Darüber hinaus stehen weitere Investitionen an, so auch im Bereich Feuerwehrwesen und Straßen. Ein bedeutendes Projekt ist auch der Beitritt zum Regionalwerk Oberrhein (RWO). Siefertmann lobte das gute und konstruktive Miteinander innerhalb des gesamten Gemeinderates, die sich für das Gemeinwohl einsetzen und dieses zugleich engagiert mit gestalten.

Aus der Arbeit des Ortschaftsrates Ulm informierte Klemens Kammerer. Aus Erlach informierte Ortsvorsteher Herbert König über die verschiedenen Projekte.

<<<



- Kartonversandtaschen.
- Buchverpackungen.
- Briefumschläge.
- Versandhüllen.
- Offsetdruck.

[www.pohlscandia.com](http://www.pohlscandia.com)

**Stark im Standard.  
Kreativ im Besonderen.**

**pohlscandia**  
BRIEFUMSCHLAGFABRIK GmbH

Pohl-Scandia GmbH • Carl-Zeiss-Str. 12 • D-77656 Offenburg • Tel. 0781/969 69-0 • Fax 0781/969 69-50

**Liebe CDU-Intern Leser**

der Aufwand für das CDU-Intern Magazin ist sehr hoch, sowohl zeitlich als auch finanziell. Ohne die zahlreichen geschalteten Anzeigen wäre dieses Magazin nicht zu erhalten. Wir bitten Sie daher, die geschalteten Anzeigen bei Ihren nötigen Einkäufen zu berücksichtigen!

**Vielen Dank hierfür!**



### Nachruf

Tief bewegt nehmen wir Abschied von unserem Mitglied und treuen Freund

## Gustel Schrempp

In seiner langjährigen Zugehörigkeit, besonders auch als Beisitzer im Vorstand und stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der jüngeren Vergangenheit, hat er unsere gemeinsamen Bestrebungen durch neue Ideen und Engagement stets bereichert und unterstützt.

Wir trauern um ihn und werden ihn sehr vermissen, aber um so mehr in lebendiger und respektvoller Erinnerung behalten.

**CDU Fraktion im Gemeinderat Friesenheim**  
Dr. Gerhard Homberg  
Fraktionsvorsitzender

**CDU Ortsverband Friesenheim und Heiligenzell**  
Roland Herzog  
1. Vorsitzender

**CDU Gemeindeverband Friesenheim**  
Ewald Schaubrenner  
1. Vorsitzender



### Nachruf

## Paul Leuthner

ist im Alter von 90 Jahren am 17. März verstorben. Paul Leuthner war seit 1956 Mitglied unserer Partei.

Von 1956 bis 1968 war er Schatzmeister. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

OV Meißenheim H. Vogel

## Verdiente Vorstandsmitglieder ausgezeichnet

Renchen (hk) - Einen würdigen Rahmen bildete die Mitgliederversammlung des CDU-Stadtverbandes Renchen für die Auszeichnung von verdienten und langjährigen Mitgliedern des Vorstandes, welche auf eine Wiederwahl verzichteten. Vorsitzender Werner Bär würdigte das vorbildliche Engagement von Stefan Baudendistel, der über 10 Jahre lang das Amt des Stellvertreters inne hatte. In all den Jahren war er ihm eine große Stütze. Ebenso engagierte er sich in besonderem Maße in der Jungen Union. Besonders lobend brachte er sich zusammen mit seiner ganzen Familie und seinen Rassehunden bei der Programmgestaltung für die Tschernobyl-Kinder mit ein. Über 18 Jahre lang brachte sich Frieda Weber als Schriftführerin in der Vorstandschaft in besonderer Weise ein. Bei all den Veranstaltungen engagierte sie sich mit Rat und Tat sowie großem Ideenreichtum. Ebenso zeigte sie sich zusammen mit ihrem Mann für die jeweilige Gestaltung des Tages mit den Tschernobyl-Kindern beim Reitverein in Fautenbach

verantwortlich. Zudem war sie 15 Jahre lang mit großer Sachkompetenz und Engagement Mitglied des Stadtrates, wo sie zugleich die Funktion des stellv. Fraktions-

sprechers inne hatte. Werner Bär überreichte mit den besten Wünschen und herzlichen Dankesworten jeweils Blumen und ein Weinpräsent. <<<



(v.li.) Werner Bär, Frieda Weber, Stefan Baudendistel, BM Bernd Siefertmann.

## Jahresprogramm der CDU Schuttertal

Die CDU Schuttertal hat sich für das Jahr 2012 das Thema „**Technologie + Arbeitsplätze**“ auf die Fahnen geschrieben. Dazu werden auch verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Am **8. Juni 2012** wird die **Firma Herrenknecht in Schwanau** besichtigt und bei der Mitgliederversammlung im Oktober wird zu diesem Thema ein Referent sprechen.

Bitte auch schon vormerken: Der **traditionelle CDU Brunch** wird im **März 2013** wieder stattfinden. Dann wird auch ein hochkarätiger CDU Politiker zu diesem aktuellen Thema sprechen. Weiterhin ist der Besuch des **Karlsruher Instituts für Technologie KIT** vorgesehen. Über weitere Veranstaltungen etc. werden wird die CDU weiter informieren.

## CDU Rust beschließt neue Beitragsstruktur/-Erhöhung



Von links: Helmut Rau, Bernd Ohnemus, Christian Fix.

Der CDU-Gemeindeverband hat am 23.03.12 seine Mitgliederversammlung abgehalten. Der Vorsitzende Christian Fix begrüßt die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und Freunde. Sein besonderer Gruß gilt Helmut Rau, MdL, Minister a.D. Nach dem Totengedenken für Gottfried Schießle und Reinhard Scherer berichtet Schatzmeisterin Irene Becker von einer zufriedenstellenden Kassenlage und einem konstanten Mitgliederbestand. Die Rechnungsprüfer bestätigen eine einwandfreie und geordnete Buchführung und ein sauberes Belegwesen. Die Entlastung durch die Mitglieder erfolgte einstimmig. Schriftführer Hans A. Faas gab einen umfassenden Tätigkeitsbericht über das Berichtsjahr 2011. In seinem detaillierten Rechenschaftsbericht lässt Chr. Fix die Aktivitäten nochmals Revue passieren. Zu den Highlights zählten das 7. Bulldogtreffen

vom Aug. mit über 50 Traktoren, der gut besuchte Feierabend-Grillhock, bei dem im Sept. 2011. „leicht verdauliche Kost“ serviert und diskutiert wurde. Anfang Nov. wurden wieder viele Narzissen am südlichen Ortseingang gepflanzt. Auf besonderes Interesse ist der Besuch des Gengenbacher Adventskalenders mit einem Empfang bei Bürgermeister Thorsten Erny gestoßen. Unter dem Titel „Daten, Fakten, Hintergründe“ haben die vier CDU-Gemeinderäte den „Rekordhaushaltsplan 2012“ unter die Lupe genommen und einem breiten und interessierten Publikum vorgestellt. Ranger Alexander Schindler hat danach das Naturzentrum Rheinauen vorgestellt und den sehr zahlreich anwesenden Bürgern viele Info`s zu Naturschutz, Umwelt und Bildung und zum geplanten Klimawandelgarten gegeben. Fazit des CDU-Vorsitzenden: Eine sehr ge-

lungene Veranstaltung bei einem kostenlosen Bauernvesper. Chr. Fix dankte herzlich seinen Vorstandsmitgliedern für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Nach den insgesamt positiven Berichten erteilten die Mitglieder dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung. Auf Antrag eines älteren Mitglieds auf Beitragsbefreiung wurde der einstimmige Beschluss gefasst, Mitgliedern ab dem 80. Lebensjahr 50% des Regelbeitrags und ab dem 85. Lebensjahr 100% des Regelbeitrags zu erlassen. Auch bei der Erhöhung des Jahresbeitrags auf 50 Euro für Bestandsmitglieder und 5 Euro Monatsbeitrag für Neumitglieder folgte die Versammlung einstimmig dem Vorstandsvorschlag. Als Rechnungsprüfer wurden B. Ohnemus und R. Raute gewählt. Eine besondere Ehrung wurde Heinz Sigg und Bernd Ohnemus für 50-jährige Mitgliedschaft in der CDU zuteil. Ohnemus war in dieser Zeit 35 Jahre als Rechner tätig. Helmut Rau übergab Urkunde und Nadel, der Vorsitzende ein Weinpräsent. Mit viel Aufmerksamkeit lauschten die Versammlungsteilnehmer den Ausführungen von Helmut Rau zu den aktuellen Themen aus der Landespolitik. Mit großer Freude und Applaus konnte Vorsitzender Chr. Fix unter Verschiedenes zwei neue Mitgliedsanträge in die CDU entgegennehmen. Nachfolgend informierten die vier CDU-Gemeinderäte über den Stand des Kindergartenneubaus, über die Modalitäten und Berechnungsgrundlagen des eingeführten Abwassersplittings und über die Möglichkeit der Wärmeversorgung im Bereich der östlichen Erweiterung durch die „Kalte Nahwärme“. Zum Ende der Versammlung wurden die Anwesenden zu einer herzhaften Gulaschsuppe eingeladen. <<<

## CDU Stadtverband Offenburg mit zahlreichen Aktivitäten

### Gute Resonanz auf die zurückliegenden Veranstaltungen

S21-Informationsveranstaltung, mehrere Stände zum S21-Kündigungsgesetz, ein Treffen mit Offenburgs neuem Baubürgermeister Oliver Martini sowie ein gemeinsamer Neujahrsempfang von Partei und Fraktion im Januar 2012 - die CDU Offenburg wartete zuletzt mit zahlreichen Aktivitäten auf.

Der CDU Stadtverband Offenburg war in den zurückliegenden Monaten sehr aktiv. Im Vorfeld der Volksabstimmung über

Stuttgart 21 führte man zunächst Ende November unter dem Titel „Zukunftsprojekte oder Stillstand: Stuttgart21, Baden21 und die Volksabstimmung“ eine öffentliche Informationsveranstaltung im Stadtteil- und Familienzentrum Innenstadt durch. Erstmals wurde dabei mit der Senioren Union Ortenau sowie den CDU-Ortsverbänden Durbach, Hohberg, Ortenberg und Schutterwald kooperiert. Der Offenburger Landtagsabgeordnete Volker Schebesta infor-

mierte die rund 70 interessierten Zuhörer zunächst ausführlich über das Projekt Stuttgart 21 und die Volksabstimmung. Insbesondere ging er auf den Aspekt ein, dass ein Ende von Stuttgart21 auch eine Gefahr für Baden21 und nicht zuletzt für den Offenburger Tunnel bedeuten würde. Danach konnten die Besucher der Veranstaltung ihre Fragen rund um das Bauprojekt und die Volksabstimmung stellen. Die CDU Offenburg war außerdem an den drei Samstagen vor der am 27. November stattfindenden Volksabstimmung über das Kündigungsgesetz jeweils mit einem Stand in der Offenburger Innenstadt vertreten. Dabei wurden große Mengen Informationsmaterial über S21 verteilt.

**Fortsetzung auf Seite 25**



AKTUELLES UND INFORMATIVES

[www.cdu-offenburg.de](http://www.cdu-offenburg.de)

**Fortsetzung von Seite 24**

Die Mitglieder der CDU Offenburg suchten außerdem aktiv das Gespräch mit den Bürgern, um offene Fragen zu beantworten und zu verdeutlichen, dass, wer das Bauprojekt befürwortet, mit „Nein“ abstimmen muss. In der Vorweihnachtszeit trafen sich die Vorstandsmitglieder des CDU-Stadtverbandes sowie der Ortsverbände zu einem Gespräch mit dem neuen Offenburger Baubürgermeister und Beigeordneten Oliver Martini. Mit rund 25 Teilnehmern fiel die Resonanz auf die interne Veranstaltung sehr gut aus. Martini stellte sich zunächst persönlich vor und ging dabei auf seine bisherigen beruflichen Stationen ein.

Danach informierte die Vorstandsmitglieder über aktuelle und zukünftige Projekte aus seinem Aufgabenbereich. Neben dem inhaltlichen Austausch stand das gegenseitige Kennenlernen im Mittelpunkt. Im Anschluss an das Gespräch besuchte die CDU Offenburg gemeinsam den Of-

fenburger Weihnachtsmarkt. Eine Premiere gab es im Januar, denn zum ersten Mal veranstaltete die CDU Offenburg zusammen mit der CDU Gemeinderatsfraktion einen gemeinsamen Neujahrsempfang, der in den Räumen der Winzergenossenschaft Fessenbach stattfand. Der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Jens Herbert und Kurt Feger, der Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion, konnten rund 70 Mitglieder begrüßen, darunter auch die Offenburger Oberbürgermeisterin Edith Schreiner sowie Baubürgermeister Oliver Martini. Josef Renner, Vorstandsvorsitzender der WG Fessenbach, ließ es sich nicht nehmen, persönlich die Weinprobe zu leiten, die einige edle Tropfen zu bieten hatten.

„Unser Ziel ist es, auch im neuen Jahr 2012 unseren Mitgliedern und interessierten Gästen regelmäßig interessante Veranstaltungen zu bieten und damit als CDU in Offenburg erkennbar zu sein“, erklärte der Stadtverbandsvorsitzende Jens Herbert. Tobias Benz <<<

**Hotel-Gasthof**

# Freihof



**Unser Motto: „Zeit zum Wohlfühlen“  
und Probier's mal mit Gemütlichkeit.**

**Das \*\*\*-Sterne klassifizierte Hotel bietet Ihnen:**

- 65 Hotelbetten
- 5 Ferienwohnungen
- Gemütliche Restaurants
- Wintergarten
- Biergarten
- Bundeskegelbahnen

**Events:**

- 1. Weihnachtsfeiertag  
Candle-Light-Dinner mit 5-Gänge-Menü
- 31. Dezember  
Silvesterparty mit 6-Gänge-Menü
- verschiedene Aktionswochen
- Grillabende
- All-inclusive-Menü

**Dorf 31 • 77784 Oberharmersbach  
Tel. 07837/270 • Fax 07837/1456  
[www.freihof.org](http://www.freihof.org) • [info@freihof.org](mailto:info@freihof.org)**

## CDU Offenburg im Gespräch mit „Aufschrei!“

Austausch mit Ortenauer Verein gegen den sexuelle Gewalt an Kindern und Erwachsenen

Vertreter des CDU Ortsverbandes Offenburg und der CDU-Gemeinderatsfraktion besuchten vor Kurzem zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Volker Schebesta den Verein „Aufschrei!“, der sich in der Ortenau dem Kampf gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Erwachsenen verschrieben hat. Die Aufschrei-Vorsitzende Carola Geppert-Tesch und Geschäftsführer Lukas Trägner stellten zunächst den seit über 20 Jahren bestehenden Verein mit seinem umfangreichen Angebot vor, das von der Durchführung von Präventionsveranstaltungen bis zur intensiven Beratung persönlich Betroffener reicht. Anhand der Statistik des Jahre 2011 informierten sie außerdem über aktuelle Entwicklungen und das grundsätzliche Arbeitskonzept von „Aufschrei!“. Die CDU-Mitglieder informierten sich vor Ort in den Geschäftsräumen des Vereins in der Offenburger Hindenburgstraße und erhielten so interessante Einblicke in die Arbeit des Vereins. Im Rahmen des Treffens entwickelte sich zwischen den Aufschrei-Mitarbeitern und den Vertretern der CDU ein reger Austausch, beispielsweise um die Frage, ob für



**V.l.n.r. Stadträtin Regina Heilig, Aufschrei-Geschäftsführer Lukas Trägner, Aufschrei-Vorsitzende Carola Geppert-Tesch, CDU-Stadtverbandsvorsitzender Jens Herbert, Stadträtin Ingrid Fuchs und JU-Vorsitzender Felix Ockenfuß.**

ehrenamtlich Engagierte ein qualifiziertes Führungszeugnis vorgeschrieben werden sollte. „Aufschrei bietet ein wichtiges Beratungsangebot für Opfer sexueller Ge-

walt und leistet wertvolle Arbeit in der Prävention“, resümierte am Ende der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Jens Herbert und lobte die Arbeit des Vereins. <<<

## Ehrungen und zukunftsweisende Diskussionen gab es bei der Mitgliederversammlung der CDU Kehl!

Bernd Bechtold, Vorsitzender des CDU Stadtverbands Kehl, begrüßte zahlreiche Mitglieder im Nebensaal der „Krone“ in Odelshofen mit der Nachricht über den gerade stattgefundenen Besuch des SWR-Fernsehens in der Stadt.

Auch die Landesschau nahm sich dem „Klein Las Vegas Kehl“ an: <http://swrmediathek.de/player.htm?show=5e2ec240-528b-11e1-b7do-0026b975f2e6>.

In Kehl machen sich viele Menschen Sorgen um die Entwicklung der Stadt. Richard Schüler und Karim Said betonten, dass aus Kehl kein kleines „Las Vegas“ werden dürfe. Die Gemeinderatsinitiative sowie eine kirchliche Initiative werden von der Kehler CDU und der Frauen-Union unterstützt. „Schließlich geht es auch um das Wohl unserer Kinder“, so Bechtold. „Mehr Gemeindevollzugsbeamte sind auf jeden Fall erforderlich!“

Um Kinder geht es auch beim Thema um die von der grün-roten Landesregierung abgeschaffte verbindliche Grundschulempfehlung. Bei vielen Eltern herrsche diesbezüglich eine große Unsicherheit; die Kommunen kennen keine konkreten Schülerzahlen für die verschiedenen Schularten. Die CDU Kehl verlangt hier Klarheit für Eltern, Kinder und Gemeinden.

Aus dem Kreis berichtete Kreisrat Willy Kehret. Nicht nachvollziehbar sind millionenschwere Umzugskosten von Krankenhausabteilungen - bei der Schülerbeförderung, wo es „nur“ um einige Zehntausend Euro gehe, werde gespart, so einige Stimmen von Mitgliedern. Auch in Kehl gebe es Defizite beim Schülertransport; beispielsweise müssten am Einstein-Gymnasium Schüler 10 Minu-

ten vor Stundenschluss den Unterricht verlassen, um noch rechtzeitig ihren Bus zu bekommen. Da der Gemeinderat hierüber keine Informationen hat, schlug Richard Schüler vor, die entsprechenden Schulen zu besuchen und eine Lösung zu erarbeiten.

Dass das in der Kreuzmatt neu geplante Mehrgenerationenhaus zumindest vorerst auf „Eis“ liege, war für einen Teilnehmer unverständlich. Schließlich sollte diese Zukunftsinvestition auch eine Mensa für die umliegenden Schulen beherbergen. Ein Mitglied meinte: „Die Tram ist nicht alles!“

Licht brachte Heinz Rith in die Pläne zur Polizeireform. Positiv könne diese für Kehl werden, da hier eventuell mit mehr Personal gerechnet werden könne - zu befürchten ist jedoch bei dieser Reform der Landesregierung, dass anderweitig weniger Personal zur Verfügung stehen könne.

Für langjährige Mitgliedschaft in der CDU Kehl wurden Heinz Rith (30 Jahre), Lothar Schwärtzel (30 Jahre) und Fritz Vogt (25 Jahre) geehrt.

Mit dem Appell für ein sicheres, freundliches und zukunftsorientiertes Kehl, in dem es sich lohnt zu wohnen oder zu einem Besuch vorbeizukommen, schloss Bechtold die Versammlung.

Text: Bernd Bechtold und Reiner Denz <<<

## Nachtrag zum Artikel „Kritische Töne im Kreistag“

(CDU-intern, Heft 1/2012, S. 6/7)

(kpm). Die CDU - Kreistagsfraktion hatte beantragt, dass im zuständigen Kreistagsausschuss für Umwelt und Technik die Auswirkungen der Kürzungen der kommunalen Straßenbaumittel durch die grün-rote Landesregierung dargestellt werden.

Der kommunale Straßenbau, also verkehrswichtige Projekte der Gemeinden, Städte und Landkreise, wird mit Mitteln der Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer gefördert. Die Länder bestimmen dazu die Richtlinien. Bisher wurden 60% der Gelder für den Straßen- und Radwegebau und 40% für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verteilt.

Die grün-rote Landesregierung hat diesen Schlüssel nun umgedreht, sodass nur noch 40% der Gelder für den gerade im ländlichen Raum wichtigen Straßen- und Radwegebau zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wurden die Regierungspräsidien angewiesen, keine neuen Vorhaben mehr in die Programme aufzunehmen. Damit wird auch auf der kommunalen Ebene konkret, was der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann seit seinem Amtsantritt betreibt - nämlich einen Stopp aller Straßenbauvorhaben zum Nachteil des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg. Im Ortenaukreis wurden in der Vergangenheit meist Straßen und Radwegebau zusammen realisiert. Das brachte auch höhere Förderprozentsätze von über 60%. Nun sollen nur noch reine Radwegeprojekte mit einem niedrigeren Prozentsatz gefördert werden.

Die CDU Kreistagsfraktion hat sich immer für eine hohe Quote beim Radwegebau eingesetzt, aber auch Wert darauf gelegt, dass wichtige Kreisstraßen verkehrsgerecht ausgebaut werden. Weil die Kreisverwaltung zügig gearbeitet hatte, kann deshalb das

**Fortsetzung auf Seite 27**

### Die MERB:

### Umwelttechnologien und zukunftsweisende Entsorgungskonzepte.

Für uns alle.

Für unsere Umwelt.

Mittelbadische Entsorgungs- und Recyclingsbetriebe GmbH Achern

Unsere Hotline für brennende Fragen:

Tel. 07841/687-0

Fax 07841/687-70

info@merb.de · www.merb.de

- Sammlung und Transport von Altstoffen, Abfällen, Bauschutt etc...

- Betrieb von Sortieranlagen und Umladestationen

- Containerdienst

- Aktenvernichtung

- Aktenarchivierung

**MERB** >>>>  
MITTELBADISCHE ENTSORGUNGS- UND RECYCLINGBETRIEBE GMBH



schnell

kompetent

effizient

**Fortsetzung von Seite 26**

wichtige Radwege- und Straßenprojekt von Appenweier über Zusenhofen, Stadelhofen und Ulm noch gefördert und in diesem Jahr begonnen werden. Auch das Radwegeprojekt von Schwanau nach Kippenheimweier wird noch mit höherer Förderung abgeschlossen. Vom Planungsstopp betroffen sind aber das Projekt Radweg und Straßenbau von Rheinbischofsheim nach Wagshurst und die Planungen von Offenburg über Ebersweier nach Nesselried. Unsicher ist auch, wie es mit dem Radwegeprojekt von Önsbach über Mösbach und Waldulm nach Oberachern wei-

tergehen kann. Auch bei wichtigen Straßenbauvorhaben der Städte und Gemeinden wird es keine neuen Maßnahmen geben, hatte erst kürzlich der grüne Landtagsabgeordnete Thomas Marwein im Renchtal verkündet.

„Der Ortenaukreis hat in der Vergangenheit, maßgeblich von der CDU-Kreistagsfraktion unterstützt, viele dringende Radwegeprojekte zusammen mit notwendigen Straßenverbesserungen verwirklichen können. Dies hat nun die grün-rote Landesregierung erst einmal gestoppt - ein gravierender Nachteil für den ländlich geprägten Ortenaukreis, denn die höheren ÖPNV-Mittel kommen erfahrungsgemäß

nur den Ballungszentren zugute“ - kommentiert Klaus-Peter Mungenast, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Technik diese unverständliche Entscheidung der Landesregierung. <<<

**ZUM NACHDENKEN**

**Wenn das, was fertig ist, nur immer auch vollendet wäre . . .**  
**Peter Rosegger**

## Vor-Ort-Termin der CDU-Kreistagsfraktion in der Diakonie Kork

Die Angebote für Menschen mit Behinderungen, aber auch Sorgen und Perspektiven der Einrichtung waren Gegenstand eines Vor-Ort-Termins der CDU-Kreistagsfraktion in der Diakonie in Kork. Frank Stefan, vertretungsberechtigter Vorstand, informierte über die Arbeit des Epilepsiezentrums Kork und seinen überregionalen Versorgungsauftrag. Als Spannungsfeld stellte er die Forderungen der Heimaufsicht auf der einen Seite und die in Pflegesatzverhandlungen zur Verfügung gestellten Pflegesätze auf der anderen Seite dar; beide Stellen sind beim Landratsamt Ortenaukreis angesiedelt. Die CDU-Kreistagsfraktion hat insbesondere auch diese Thematik zum Anlass genommen, beim Landratsamt darauf hinzuwirken, dass ein Interessensausgleich schon bei der Kreisverwaltung intern vorgenommen wird.

Frank Stefan erläuterte, dass die Diakonie Kork eines von 5 Epilepsiezentren in Deutschland ist, die mit überregionalem Versorgungsauftrag der ambulanten und stationären Diagnostik und Therapie, der Rehabilitation sowie der Forschung und Lehre dienen. Angeschlossen sind Wohnangebote für Menschen, die neben der Epilepsie zusätzliche Behinderungen haben. Die Diakonie Kork wurde 1892 als Heil- und Pflegeanstalt für epileptische Kinder im Großherzogtum Baden gegründet. Ca. 1000 Plätze und Betten stehen in Epilepsiezentrum Kork, dem Wohnverbund Kork, den Hanauerland Werkstätten, der Oberlinschule Kehl, der Offenen Hilfe Kork und bei den Korker Schwestern zur Verfügung. Im zugehörigen Bildungszentrum ist eine Fachhochschule für Heilerziehungspflege untergebracht. Die Fraktion zeigte sich beeindruckt von der wichtigen und aus medizinischer Sicht hervorragenden Arbeit der Diakonie Kork. Man war sich einig, neben der Unterstützung von kommunaler Seite die Diakonie verstärkt auch politisch zu unterstützen, um den Standort dieser wichtigen Einrichtung langfristig zu sichern, <<<



*Von links nach rechts: Willi Wunsch, Rolf Frenk, Matthias Braun, Kordula Kovac, Reinhard Schmälzle, Thomas Schäfer, Bernhard Krämer, Theo Benz, Klaus-Peter Mungenast, Fridolin Link, Frank Stefan (vertretungsberechtigter Vorstand der Diakonie Kehl-Kork), Willy Kehret, Fraktionsvorsitzender Klaus Muttach, Karim Said, Klaus Elble, Margret Oelhoff, Marco Steffens, Bernd Siefermann, Frank Edelmann, Dieter Eckert, Prof. Jürgen Nolte.*

**HUBER-BAU**  
 GmbH & Co. KG

Ruhesteinstraße 127  
 77883 Ottenhöfen  
 Telefon: 0 78 42 / 94 99-0  
 Telefax: 0 78 42 / 94 99-80  
 info@huber-bau.de · www.huber-bau.de

seit 1932

Services: Straßenbau, Tiefbau, Wegebau, Wasserbau, Brückenbau, Hoch / Stahlbetonbau, Industriebau, Tankstellenbau

Logo: SCHÜTTGUT RECYCLING GMBH APPENWEIER

**Herausgeber:**  
 CDU-Kreisverband Ortenau, Kreisgeschäftsführer Michael Braun  
 Waltersweierweg 5b, 77652 Offenburg, Telefon 07 81/91630, Fax 07 81/916319

**Verantwortlich:**  
 Kreisleit.: Monika Blum, E-Mail: info@cdu-ortenau.de  
 Dr. Christian Dusch, E-Mail: presse@cdu-ortenau.de  
 Landesteil: Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg  
 Hasenbergstr. 49b, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 904 -0, Fax -50  
 E-Mail: presse@cdu-bw.de

**Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:**  
 SDV Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH  
 Augustenstr. 44, 70178 Stuttgart, Tel. 07 11 / 66 905 -0, Fax -99  
**E-Mail** *CDU intern*: intern@SDV-Stuttgart.de

Geschäftsführerin: Bernadette Eck (-25)  
 Anzeigen: Sabine Hafner (-23)  
 Planung Satz: Karin Richter (-12), Fax -55  
 Gestaltung dieses *CDU intern*: Ilona Löffler (-15), Fax -55

**Bezugspreis:**  
 Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**CDU intern** ist das offizielle Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Ortenau.  
 Es erscheint 2-monatlich für alle Mitglieder.

**Absender:** CDU-Kreisverband Ortenau  
 Waltersweierweg 5b, 77652 Offenburg  
 PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, E 2440



# EHRUNGEN IN DEN ORTSVERBÄNDEN

## Mahlberg

v. Türckheim-Böhl Maria-Theresia 40 Jahre  
 Weiswurm Klaus 30 Jahre  
 Edelmann Maria 30 Jahre

## Oberkirch-Butschbach-Hesselbach

Gießler Hermann 40 Jahre

## Hausach

Maier Erich 50 Jahre  
 Luke Ludwig 40 Jahre  
 Klein Kurt 40 Jahre  
 Streit Edgar 40 Jahre  
 Knittel Gisela 25 Jahre

## Hofstetten

Krämer Friederike 20 Jahre  
 Krämer Rudolf 20 Jahre  
 Singler Hans-Peter 20 Jahre  
 Kaspar Josef 20 Jahre  
 Neumaier Bernhard 20 Jahre  
 Neumaier Irmgard 20 Jahre  
 Neumaier Erich 20 Jahre  
 Neumaier Heinrich 20 Jahre  
 Neumaier Martin 20 Jahre  
 Krämer Jakob 20 Jahre  
 Weißer Kurt 10 Jahre

## Rust

Ohnemus Bernd 50 Jahre  
 Sigg Heinz 50 Jahre

## Appenweier-Urloffen

Trautmann Martin Besondere Verdienste  
 Herdt Ulrich 25 Jahre  
 Dietmar Scholpp für langjährige  
 Vorstandstätigkeit

## Achern

Hodapp Felix 60 Jahre  
 Habermehl Berta 50 Jahre  
 Götz August 40 Jahre  
 Griesbaum Eugen 40 Jahre  
 Weber Hubert 40 Jahre  
 Keller Bernhard 30 Jahre  
 Haug Franzjosef 25 Jahre  
 Früh Karl 25 Jahre  
 Lehmann Alfred 25 Jahre

## Vorstände in den Ortsverbänden - Neu gewählt

### CDU-Ortsverband Sasbachwalden

#### Erster Vorsitzender:

Lehmann Günter

#### Weitere Vorstandsmitglieder:

Fallert Heinrich, Maier Thomas,  
 Fischer Wolfgang, von Göwels Jutta,  
 Armbruster Walter

### CDU-Ortsverband Oberkirch/Butschbach-Hesselbach

#### Erster Vorsitzender:

Sester Friedrich

#### Weitere Vorstandsmitglieder:

Maier Franz, Bruder Klaus, Doll Edgar

### CDU-Ortsverband

#### Bad Peterstal-Griesbach

#### Erste Vorsitzende:

Hörr Melitta

#### Weitere Vorstandsmitglieder:

Kimmig Georg, Weigl Magdalena,  
 Boschert Herwig, Braun Veronika,  
 Matteit Christoph, Müller Markus,  
 Kessler Ludwig, Mayer Franz, Streif Ernst

### CDU-Ortsverband Appenweier-Urloffen

#### Erster Vorsitzender:

Braun Harald

#### Weitere Vorstandsmitglieder:

Langeneckert Oliver, Huschle Wendelin,  
 Hurst Andrea, König Bernhard,  
 Schneider Bernhard

## REDAKTIONS-SCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe (Nr. 3/2012 Mai/Juni) des *CDU intern* ist für Freitag, 01.06.2012, vorgesehen.

Beiträge können bis zu diesem Termin bei der Kreisgeschäftsstelle unter der Email-Adresse [info@cdu-ortenau.de](mailto:info@cdu-ortenau.de) eingereicht werden. Später eingehende Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

**Vielen Dank! Die Redaktion**

**Innovation.  
 Kompetenz.  
 Passion.**

Wir sind ein traditionsreiches, verantwortungsbewusstes Bauunternehmen und stehen in der Region für die Schaffung und Sicherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ein.



Ingenieur- & Erdbau am Neubau Wasserkraftwerk Rheinfelden

**SCHLEITH**

TIEF-, STRASSEN- UND INGENIEURBAU



Schleith GmbH  
 Bleiche 4  
 79761 Waldshut-Tiengen

Tel.: 07751 887-0  
 Fax: 07751 887-833

[info@schleith.de](mailto:info@schleith.de)  
[www.schleith.de](http://www.schleith.de)